



DIE POWER DER WELTMARKT- FÜHRER

Wie Österreichs Industrie
mit Innovation und Bildung
die Zukunft gestaltet

iv Traineeprogramm



Das Traineeprogramm der Industriellenvereinigung war bereits Karrierestart für CEOs, Regierungschefs und Kommunikationsprofs. Bewirb dich jetzt, wenn du die Zukunft Österreichs aktiv mitgestalten willst, und werde Teil eines jungen Teams mit abwechslungsreichen Stationen und einem dreißigmonatigem Ausbildungsprogramm.



Partner von The Young Leader Circle

NÜTZE DEINE CHANCE!




iv MEDIA CENTER

ZUKUNFT
GESTALTEN

DAS VOLL AUSGESTATTETE MEDIA CENTER AM SCHWARZENBERGPLATZ



BUCHEN
SIE JETZT

 gebogene 15m² Videowall
mit 1,9 Pixel Bildabstand

 80m² schallgedämmter Raum

 Live-Streams

 Eigener Regiereraum

 flexible Bild in Bild Möglichkeit

 Aufnahmen in 4K-Qualität

 Podcast Setup

 7 Remote-Kameras

**JULIA AICHHORN**

Geschäftsführerin der Dr. Aichhorn Group, Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

**MARTIN HETZER**

Präsident Institute of Science and Technology Austria (ISTA)

**SABINE HERLITSCHKA**

CEO Infineon Technologies Austria AG, Vizepräsidentin der Industriellenvereinigung

**GEORG KNILL**

Präsident der Industriellenvereinigung, Eigentümer und Aufsichtsratsvorsitzender der Rosendahl Nextrom GmbH

**PETER MITTERBAUER**

ehem. Vorstandsvorsitzender Miba AG, Ehrenpräsident der Industriellenvereinigung

EXPERTINNEN UND EXPERTEN IN DIESER AUSGABE

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Österreich ist die Heimat von Dutzenden Unternehmen, die in ihrer Nische Weltmarktführer sind. Diese "Hidden Champions" produzieren Hochdruckventile, Leistungselektronik, Maschinen, Anlagen oder Komponenten – drei von vier dieser oft wenig bekannten Weltmarktführer sind Industriebetriebe. Die Industrie ist das Herz der Wirtschaft in Österreich und sie ist meilenweit entfernt von den verstaubten Klischees, die ihr anhaften. In diesem Magazin kommen Unternehmerinnen und Unternehmer zu Wort und erklären, wie es mit den Stärken Österreichs gelingt, eine lebenswerte Zukunft für alle zu gestalten. Wie Österreich die grüne Transformation bewältigt und umweltfreundliche Technologien in die ganze Welt exportieren kann und so auch hier bei uns hunderttausende Arbeitsplätze sichert und neu schafft, den Wohlstand steigert und damit auch wesentlich zur Finanzierung des Sozialstaates beiträgt.

"Wir dürfen die Industrie nicht verlieren", sagt Ökonom Christian Helmenstein in der Coverstory, die sich damit auseinandersetzt, ob eine De-Industrialisierung Europas droht und was sie bedeuten würde. Lesen Sie in dieser Ausgabe außerdem, was den Innovations- und Forschungsstandort Österreich ausmacht, welche neuen Partnerschaften auf der Welt Österreich voranbringen würden und was Arbeitskräftemangel und hohe Energiepreise für die Industrie bedeuten.

Dieses Magazin ist die erste Sonderausgabe des Mitgliederzeitung der Industriellenvereinigung und erscheint anlässlich des "Tages der Industrie 2023". Ich wünsche viel Spaß beim Lesen und bedanke mich an dieser Stelle herzlich bei allen Kommentatoren, Interviewpartnerinnen und -Partnern, Unterstützerinnen und Unterstützern und ganz besonders bei Nina Mayrberger, der das Magazin das wunderbare Layout und die grafische Gestaltung zu verdanken hat.



Sara Grasel,
Chefredakteurin

INHALT



Coverstory

8 **Rennen um den besten Standort**

Innovation

18 **Winzige Bauteile im Rampenlicht**

Arbeit

24 **Mehr Leistung soll sich wieder lohnen**

Export

29 **Die nächste Raketstufe der Internationalisierung**

Interview

32 **IV-Präsident Georg Knill über aktuelle Herausforderungen und Chancen der Industrie**

Interview

42 **Unternehmer Peter Mitterbauer über die EU, Freihandel, Arbeitskräfte und Wirtschaftsbildung**

Bürokratie

46 **Ein moderner Staat für mehr Tempo**

2024

48 **Die wichtigsten Termine 2024**

KOMMENTARE IN DIESER AUSGABE

7 **Christoph Neumayer**

22 **Eric Frey**

41 **Peter Koren**

STIMMEN AUS DER INDUSTRIE

Unternehmerinnen und Unternehmer über die Zukunft des Industrielandes

Seiten 23, 31, 37, 40, 45



„Die Energiewende muss umfassend gedacht werden. Es geht nicht nur darum, mit Windkraft oder Solarenergie zusätzlichen grünen Strom zu gewinnen. Um ihn zum Endverbraucher zu bringen, braucht es einen massiven Netzausbau. Auch beim Ausbau der Speicherkapazitäten braucht es Lösungsansätze, denn Wind- oder Solarenergie stehen nicht jederzeit zur Verfügung. Das ist gerade für die Verbrauchsspitzen ein Problem.“

F. Peter Mitterbauer, Vorstandsvorsitzender Miba AG und Vizepräsident der Industriellenvereinigung

ARBEIT IN ÖSTERREICH

Durchschnittlich geleistete Arbeitszeit bei Vollbeschäftigung:
37,7
Wochenstunden.



3.765

Rot-Weiß-Rot-Karten brachten im 1. Halbjahr 2023 qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland nach Österreich.

+47%
im Vergleich zu 2022.



Lohnkosten im Vergleich: teurer Faktor Arbeit. 1 Stunde kostete 2022

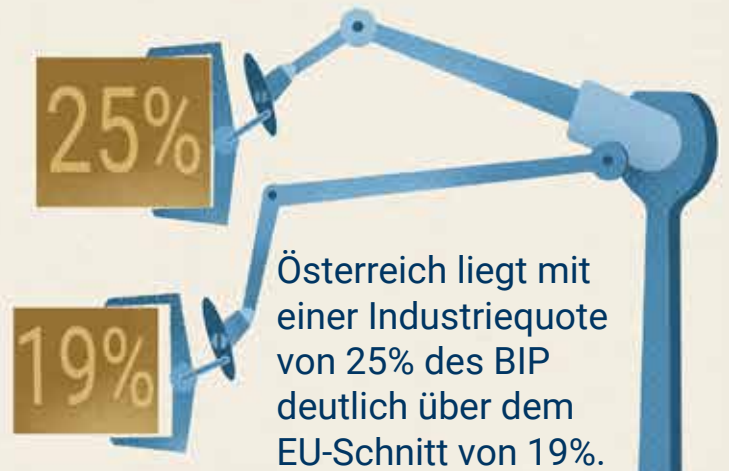
39 €

EU-Durchschnitt:
30,5 €



INNOVATIVES ÖSTERREICH

Jeder zweite Euro wird in der Industrie verdient. Ein Viertel der Gesamtwertschöpfung entspringt direkt dem produzierenden Sektor.



14.000

Lehrlinge sind in der Industrie beschäftigt.



Die Industrie schafft **1 Mio** Arbeitsplätze in Österreich – der Jahresverdienst ist um **25%** höher als in den anderen Wirtschaftsbereichen.

250

Unternehmen in Österreich gelten als „Hidden Champions“. In ihrem Bereich sind sie Nummer 1-3 am Weltmarkt. 3 von 4 kommen aus der Industrie.



Mit Selbstbewusstsein die Zukunftschancen ergreifen!

Österreich hat nach wie vor alle Voraussetzungen, um den nächsten Aufschwung gut nutzen zu können. Wenn wir uns auf unsere Stärken besinnen und auf wirtschaftspolitische Dummheiten verzichten, werden wir die Herausforderungen unserer Zeit meistern – zum Nutzen für alle.



Eine offene Zukunft und die Hoffnung, die daraus entspringt, ist das Kostbarste, was eine Zeit besitzen kann“, schreibt der Historiker Philipp Blom über das Europa der ersten Jahre nach dem Wechsel in das 20. Jahrhundert – eine Zeit, die in der Dimension der Beschleunigung und neuen Technologien vielfach mit heute vergleichbar ist. Was damals neue Formen der Nachrichtenübermittlung, der Verbrennungsmotor oder der Beginn der Luftfahrt waren, ist heute KI, Quantentechnologie oder die Entwicklungen in der Biotechnologie.

Der damalige – heute oft despektierlich genannte – „Fortschrittsglaube“ ist gegenwärtig oft Verunsicherung und Verzagtheit gewichen. Es scheint die Sünde der Apokalyptiker zu schlagen – Stichwort „Klimakatastrophe“. Dabei sind die Voraussetzung dafür, die Zukunft zu meistern, in Österreich und Europa so gut wie kaum in der Geschichte. Wir starten von einem vollkommen anderen Niveau, als wir das vor 120 Jahren taten – was Kompetenz, soziale Sicherheit, Wohlstand und Forschungsdynamik betrifft. Es gibt heute für die Innovations- und

Umsetzungskraft zahlreiche Beispiele – gerade in der Industrie: Denken Sie nur an die Windkraft. Die Windräder, die heute installiert werden, haben die 240-fache Leistung jener des Jahres 1995. Ein Windrad des Jahres 2023 ersetzt somit 240 Windräder des Jahres 1995. Das ist atemberaubend.

Wir sind eine „Nation der Erfinderrinnen und Erfinder“, wie die hohe Patentedichte gemessen an der Größe der Bevölkerung zeigt. Österreich investiert vergleichsweise viel in Forschung und Entwicklung und den größten Anteil daran trägt die Industrie. Die Lage am Arbeitsmarkt mag in Österreich angespannt sein – es fehlt, trotz drohender Rezession (in der Industrie ist sie schon da) an Arbeitskräften. Doch damit kämpfen auch andere Länder und wir haben einen Vorteil: die Arbeitskräfte und Fachkräfte sind bei uns überdurchschnittlich gut ausgebildet. Einen großen Anteil daran hat die praxisnahe Lehre, die sich mittlerweile bestens in einen Bildungsweg mit Matura und Studium integrieren lässt.

Und wenn wir schon bei den Menschen sind: Österreichs Unternehmerinnen

und Unternehmer beweisen tagtäglich ihre unglaubliche Innovationsbereitschaft, ihre Managementfähigkeiten und ihre Verantwortung gegenüber unserer Gesellschaft und Umwelt.

Wenn es uns jetzt gelingt, der exportstarken Industrie, die Arbeitsplätze schafft und Wohlstand und Innovation garantiert, Hürden am Weltmarkt aus dem Weg zu räumen und sie nicht national mit Verrücktheiten a la flächendeckende Arbeitszeitverkürzung oder auf europäischer Ebene mit skurriler Bürokratie zu belasten, – dann gibt es keinen Grund, nicht mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken. Wir haben alle Voraussetzungen dafür, wenn wir diese nicht selbst zunichte machen – in Österreich und Europa.

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

RENNEN UM DEN BESTEN STANDORT

In Österreich basiert der Wohlstand auf der starken Industrie, die Arbeitsplätze schafft und sichert. Österreich ist am Weltmarkt bekannt und gefragt wegen der hohen Qualität bei Produkten und Services. Die Bedingungen dafür waren aber schon einmal besser: die Kosten für Energie und Arbeit sind hoch, Arbeitskräfte schwer zu finden und die Bürokratie überbordend. Was passiert, wenn die Produktion aus Österreich abzieht?



Über Europa zieht das Schreckgespenst der De-Industrialisierung seine Runden. Wie groß ist die Gefahr und was würde sie für Österreich bedeuten? Dass Österreich eines der wohlhabendsten und auch aus dieser Perspektive lebenswertesten Länder ist, hat zunächst vor allem mit den vielen internationalen Partnerschaften und Freundschaften zu tun, die es pflegt – und mit der starken Industrie, die es prägt. „Das ist nicht selbstverständlich und für den Wohlstand in Österreich hätte es fatale Folgen, diese Errungenschaften zu gefährden“, sagt Christian Helmenstein. Helmenstein ist Chefökonom der Industriellenvereinigung, die in Österreich rund 5000 Unternehmen zu ihren Mitgliedern zählt.

Nachdem Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg zwar zu einem unabhängigen, demokratischen Staat geworden war, aber eben zu einem vergleichsweise kleinen, war es dann die Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung, die die Erfolgsgeschichte der österreichischen Wirtschaft auslöste. Zunächst Gründungsmitglied der Europäischen Freihandelsassoziation EFTA, bemühte sich Österreich ab 1989 mit dem berühmten „Brief nach Brüssel“ um



Julia Aichhorn ist Geschäftsführerin der Aichhorn Group und Bundesvorsitzende der „Jungen Industrie“.

„

Je nach Firma in unserer Gruppe haben wir einen Exportanteil von 70 Prozent bis 99 Prozent und es ist vor allem die Produktqualität und die hohe Fertigungstiefe, die unsere Kunden schätzen.

Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft, aus der schließlich die EU wurde.

Im Jahr 1994, vor dem EU-Beitritt Österreichs, exportierte das Land noch Waren im Wert von umgerechnet 37 Milliarden Euro. Danach folgten mehrere Internationalisierungsschübe, welche die Exporte auf 195 Milliarden Euro im vergangenen Jahr ansteigen ließen. Inflationsbereinigt entspricht dieser Wert nahezu einer Verdreifachung der österreichischen Exporte binnen 28 Jahren. Österreichs Wohlstand fußt auf diesem Fundament – jeder vierte Steuer-Euro geht in diesem Land auf den Export zurück. Maschinen, Fahrzeuge, chemische Erzeugnisse und andere verarbeitete Waren – täglich arbeiten rund eine Million Menschen in Industriebetrieben, die erzeugen, was dann zu einem großen Teil im Ausland verkauft wird.

Wachstumsmotor

„Je nach Firma in unserer Gruppe haben wir einen Exportanteil von 70 Prozent bis 99 Prozent und es ist vor allem die Produktqualität und die hohe Fertigungstiefe, die unsere Kunden schätzen“, sagt Julia Aichhorn, CEO der österreichischen Aichhorn Group. Die Unternehmen der Gruppe stellen unter anderem Hochdruckventile und -Pumpen, Rohre sowie Anlagen und Apparate für die Trocknungs- und Separationstechnik her und beliefern vor allem die petrochemische Industrie sowie die Papier- und Zellstoffindustrie. „Wir hatten in unserer Testanlage auch einmal ein Startup, das Essenzen aus Orangenschalen extrahiert“, erzählt die 36-jährige Firmenchefin, um die breite Palette der Anwendungen zu veranschaulichen.

Die Industrie hat in Österreich einen stärkeren Anteil am wirtschaftlichen Erfolg als in vielen anderen Ländern in Europa – die Industriequote von 25 Prozent liegt über dem EU-Schnitt von 19 Prozent, ein Viertel der Erwerbstätigen in Österreich arbeitet in der Industrie, ein Viertel der Wertschöpfung passiert dort und die Hälfte der Forschungsausgaben werden von produzierenden Unternehmen gestemmt. Dass ein klarer Zusammenhang zwischen Industrie, Internationalität und Wohlstand besteht, lässt sich auch mit Zahlen belegen. „Es gibt einen systematischen Zusammenhang zwischen BIP-Wachstum, also materieller Prosperität, und dem Industrieanteil in den Ländern der EU. Je höher die Industriequote im Jahr 2021, desto höher auch das kumulierte BIP-Wachstum über ein Vierteljahrhundert hinweg“, erklärt Helmenstein (siehe Grafik auf S. 12). Gleichzeitig zeigen Analysen der Weltbank bereits seit Jahren einen positiven Zusammenhang

”

Die Kombination aus Energiepreisen und grüner Transformation erzwingt ja geradezu Innovation. Wenn man gezwungen ist, etwas zu tun, dann kommen Ideen und dann bewegt sich etwas. Das birgt enorme Chancen.



Stefan Pierer ist CEO der Industriegruppe Pierer Mobility AG und Präsident der Industriellenvereinigung Oberösterreich.

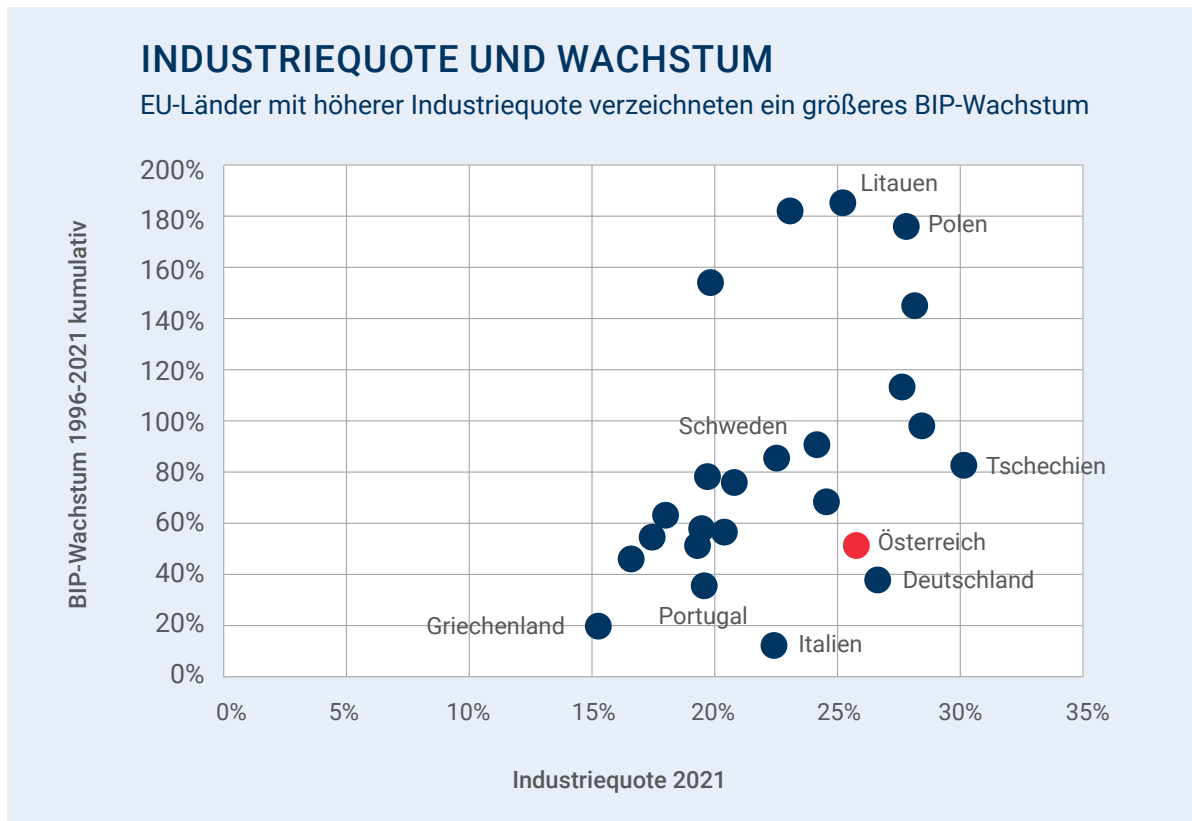
zwischen dem Offenheitsgrad einer Volkswirtschaft und deren wirtschaftlichem Wachstum.

Wenn jetzt seit Monaten und mit immer mehr Aufmerksamkeit über eine mögliche De-Industrialisierung Europas und Österreichs gesprochen wird, sollten also alle Alarmglocken schrillen.

„Wir dürfen die Industrie nicht verlieren“, bringt es der Ökonom auf den Punkt. Wie groß aber ist das Schreckgespenst einer solchen De-Industrialisierung überhaupt? Was müsste passieren, damit Unternehmen Produktionen ins Ausland verlegen? „Sie müssten einen Standort finden, der signifikant bessere Bedingungen bietet als Österreich oder Europa. Sonst ergibt es keinen Sinn, Produktionen an andere Orte zu verlegen, um den Output dann nach Europa zu reimportieren“, sagt Helmenstein und gibt zu bedenken: „Die Bedingungen anderer Standorte dürften zudem erst seit kurzer Zeit signifikant besser sein, sonst wäre nicht zu erklären, warum die Produktion überhaupt noch hier ist – es sei denn, die Unternehmen hätten einen modus vivendi gefunden, mit den Standortnachteilen umzugehen“. Vorübergehende Nachteile seien ebenfalls kein Grund, Produktionen zu verlagern. Conclusio: Die Gefahr der De-Industrialisierung erwächst aus dauerhaften Standortnachteilen erheblichen Ausmaßes.

„Made in Austria“ am Prüfstand

Derzeit bereiten österreichischen Unternehmen vor allem vier Faktoren Sorgen: der Arbeitskräftemangel, die Energiekosten, die Innovationskraft Europas und die hohe steuerliche, abgabenseitige und bürokratische Belastung Österreichs. „Die Qualität spielt für unsere Kunden eine große Rolle. Sie ist aber eine Grundbedingung. Entscheidend ist am Ende in fast allen Fällen der Preis. Wir spüren es am Weltmarkt bereits ganz unmittelbar, dass unsere Kosten höher zu sein scheinen, als jene des Mitbewerbs“, sagt Aichhorn. Ihre bestehenden Produktionen in der Steiermark, Oberösterreich und Niederösterreich bleiben dennoch in Österreich – einerseits, weil „Made in Austria“



von vielen Kunden geschätzt wird und andererseits aufgrund des Know-hows, das an diesen Standorten aufgebaut wurde. Bei komplett neuen Produktionen kann sich Aichhorn aber sehr wohl vorstellen, sie von Beginn an in anderen Ländern aufzubauen.

Österreichische Unternehmen, deren Produktion bereits jetzt breit global aufgestellt ist, können Produktionskapazitäten viel einfacher verlagern, wenn die Rahmenbedingungen an einem internationalen Standort besser sind, als an einem anderen. „Das geht nicht über Nacht, aber schleichend und es passiert schon. Wenn ein Unternehmen global aufgestellt ist, kann es sich natürlich auch global bewegen“, sagt Stefan Pierer, Chef der Pierer Mobility AG und damit des größten Herstellers motorisierter Zweiräder in Europa, zu dem bekannte Marken wie KTM, Husqvarna Motorcycles und GASGAS gehören. Produziert wird auch im oberösterreichischen Mattighofen, aber nicht nur – Pierer hat mit seiner Unternehmensgruppe auch Fertigungsstätten in Deutschland, der Slowakei, Bulgarien, den USA, China und, über einen Partner, in Indien.

Zu wenige Junge

Für die Frage, ob die aktuellen Problemfelder in Europa und Österreich eine De-Industrialisierung

auslösen könnten, ist vor allem der Vergleich mit anderen Standorten relevant. In Österreich ist die Arbeitslosenquote auf das niedrigste Niveau seit 15 Jahren gesunken. „Wenn Unternehmen den Eindruck haben, keine Fachkräfte mehr zu finden, liegen sie richtig“, sagt Helmenstein. Besonders gut sichtbar wurde das in den vergangenen Monaten bei den Lehrstellen, also beim Fachkräfte-Nachwuchs der Industrie, die der zweitgrößte Lehrlingsausbilder Österreichs ist. Mit Ausnahme von Wien und Burgenland kamen zuletzt in allen Bundesländern weniger als ein Lehrstellensuchender auf eine offene Lehrstelle. In Tirol konnte, rein statistisch betrachtet, ein Lehrstellensuchender bereits aus sechs Lehrbetrieben wählen. Die Pierer-Industriegruppe bildet in Österreich rund 300 Lehrlinge aus und hat derzeit noch keine Schwierigkeiten, Lehrstellen zu besetzen. Das liegt an dem guten Ruf des Unternehmens als Ausbildungsstätte, aber auch an den coolen Motorrädern: „Bei 16-Jährigen haben wir es leicht mit unserem Produkt. Wir haben bei der Lehre bereits seit zwei Jahren einen immensen Zulauf“, erzählt Pierer. Im März habe es für hundert Lehrstellen 800 Bewerbungen gegeben.

Die Lage am österreichischen Arbeitsmarkt ist dennoch angespannt. „Wir spüren das sehr stark – vor

allem bei hochqualifizierten Technikern wie Schweißern, Drehern oder Verfahrenstechnikern. Egal ob in der Forschung, der Fertigung oder der Konstruktion: Es dauert sehr lange, Stellen zu besetzen“, erzählt Aichhorn. Und es ist auch keine Entspannung absehbar, denn: „Erst in den kommenden Jahren greift die Phase des demografischen Wandels vollumfänglich. Dementsprechend werden wir in den kommenden Jahren bis 2030 einen massiven Rückgang der sogenannten ‚demografischen Fitness‘ sehen. Immer mehr Personen über 64 Jahren müssen von Personen im erwerbsfähigen Alter alimentiert werden“, sagt der IV-Chefökonom. Aber ist es anderswo wirklich besser als in Österreich?

Die USA sind für Österreich der wichtigste Exportmarkt außerhalb Europas. Dort lag die

Arbeitslosenquote 2022 im Durchschnitt bei 3,6 Prozent, also noch niedriger als in Österreich mit einem Wert von 4,8 Prozent im Vorjahr. Zu Jahresbeginn erreichte die Arbeitslosenquote in den USA sogar den niedrigsten Stand seit mehr als 50 Jahren. Besonders überraschend sind die Werte für den mittleren Westen – dort lag die Arbeitslosenquote gar nur bei 2,1 Prozent. „Das entspricht nach allen Definitionen der Ökonomie absoluter Vollbeschäftigung“, so Helmenstein. „Wenn man in der Steiermark oder Oberösterreich keine Arbeitskräfte findet, wird man sie in den USA erst recht nicht finden“. Zudem ist die Lage gerade in der industriellen Produktion am US-Arbeitsmarkt besonders angespannt. „Die Zahl der offenen Stellen im Manufacturing hat sich in den USA von üblicherweise 200.000 auf 800.000 vervierfacht“, erklärt Helmenstein.



Für Österreich sind die USA aber nicht der einzige wichtige außereuropäische Markt. Ein weiterer ist China, das auf Platz neun der wichtigsten Exportdestinationen Österreichs, nach Tschechien und etwa gleichauf mit Großbritannien, liegt. In Shanghai hat die regionale Arbeitslosenquote 2,5 Prozent erreicht. Und kaum irgendwo schlägt die demografische Herausforderung so heftig zu, wie in China. Die Bevölkerung im Erwerbsalter wird dort bis Ende des Jahrhunderts von einer Milliarde Menschen auf eine Viertelmilliarde sinken – das entspricht einem Minus von rund 75 Prozent beim Arbeitskräftepotenzial in den nächsten sieben Jahrzehnten. In China ist es also auch nicht leichter als in Österreich, Arbeitskräfte zu finden.



Hochqualifiziert

Für die Wettbewerbsfähigkeit ist zudem besonders bedeutsam, wie gut die jeweiligen Arbeitskräfte ausgebildet sind. Hier sieht der Ökonom Österreich im Vorteil: „Unsere Fachkräfte sind im Durchschnitt erheblich besser ausgebildet, als der durchschnittliche Industriearbeiter in den USA“, sagt Helmenstein und verweist auf die Stärken der dualen Ausbildung – vor allem die Lehre ist ein Modell, das sich sogar die USA aus Österreich abschauen wollen, wie ein Besuch des US-Arbeitsministers im Frühjahr gezeigt hat. Auch Pierer ist davon überzeugt, dass die Lehre einer der größten Standortvorteile ist – sie sei „ein Garant dafür, dass Deutschland, Österreich und die Schweiz in Europa nach wie vor die höchsten Industriequoten haben“. Unter dem Strich ist die angespannte Lage am Arbeitsmarkt in Österreich zwar ein erhebliches Problem, aber stellt im Vergleich mit anderen Regionen keine akute Bedrohung für die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Standorte dar.

Kontinent der Erfinder

Sam Altman ist 38 Jahre alt, Multimillionär und Erfinder von ChatGPT. Seine Erfindung hat bei der Anwendung von Künstlicher Intelligenz das Eis gebrochen. ChatGPT formuliert in Marketingabteilungen auf der ganzen Welt Textentwürfe, macht Titelvorschläge, übersetzt Reden, hilft bei komplizierten Berechnungen und erzählt auf Wunsch Kinderwitze auf Latein. Fünf Tage nach der Veröffentlichung des Programms hatte es bereits eine Million Nutzer und ist damit jener Internetservice, der bisher am schnellsten diese Marke erreicht hat. Sam Altman ist in Missouri aufgewachsen und hat ChatGPT, beziehungsweise das dahinterliegende Sprachmodell, in den USA entwickelt. Ist Europa bei technologischer Innovation weit abgeschlagen? Helmenstein hält dem entgegen. Das deutsche Unternehmen Aleph Alpha habe eine Künstliche Intelligenz entwickelt, die nach den üblichen Metriken wesentlich effizienter agiert als ChatGPT. „Dieses Rennen ist nicht verloren, sondern gerade erst eröffnet“, sagt der Ökonom. Europa hat in Sachen Innovation Stärkefelder. Deutschland ist nach wie vor der innovativste Automobilstandort der Welt. Gemessen wird das an der Erfinderdichte, also der Zahl der Patente pro tausend Einwohner. Auf Deutschland folgt Luxemburg mit dem globalen Forschungszentrum des nordamerikanischen Reifenherstellers Goodyear, dann Südkorea und Japan, und auf Platz fünf in diesem Ranking landet bereits die österreichische Automobilindustrie, obwohl sie keinen eigenen Original Equipment Manufacturer (OEM) mehr aufweist.



Die Pierer-Industriegruppe beschäftigt rund 300 Lehrlinge.



Pierer Mobility fertigt in Österreich High-End-Modelle, hat aber auch in anderen Ländern Produktionen.

Die Automobilbranche befindet sich derzeit bekanntermaßen in einer großen Transformation – ist die Industrie in Österreich auch darauf vorbereitet? Sehr gut sogar, wie Helmenstein belegt: „Während wir im Innovationsbereich unsere traditionellen Stärken bei Verbrennungsmotoren weiterhin pflegen, implementieren wir bereits höchst erfolgreich die neuen Antriebstechnologien, und zwar mit überdurchschnittlicher Innovationskraft nach Maßgabe der Patentanmeldungen. Genau so soll es sein, wenn sich eine Wirtschaft mitten in einem Transformationsprozess befindet“. Einen gewichtigen Grund für die hohe Forschungsintensität sieht Unternehmer Pierer neben gut ausgebildeten Menschen auch in der Ausrichtung der Förderlandschaft. In bestimmten Bereichen Weltmarktführer zu sein, ist forschungsintensiv und die Forschungsprämie mit vergleichsweise hohen 14 Prozent ein Grund dafür, dass es in Österreich viele „Hidden Champions“ am Weltmarkt gibt.

Noch weiter vorne als im Automobilssektor ist Österreich in der Bahntechnologie positioniert. Hier weist Österreich gemessen an der Größe der Bevölkerung sogar die höchste Erfinderdichte weltweit auf – mit großem Abstand vor der Schweiz und Deutschland. Jährlich werden in Österreich von 200 unterschiedlichen Personen eisenbahnbezogene Patente angemeldet. „Wir haben einen Weltbevölkerungsanteil von 0,112 Prozent, aber einen Weltmarktanteil beim Export von Schienenfahrzeugen



von siebeneinhalb Prozent“, veranschaulicht Helmenstein. „Das bedeutet, Österreich erreicht beim Export von Eisenbahntechnologie einen Weltmarktanteil der circa siebzig Mal so hoch liegt wie sein Weltbevölkerungsanteil. Das ist eine phänomenale Leistung!“

Energieintensiv

Weitaus problematischer ist hingegen die Lage für Europa und Österreich bei den Energiepreisen. Zuletzt lag der Preis für Erdgas im Großhandel in Europa bei rund 40 Euro pro Megawattstunde – infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine durchbrachen die Preise zeitweise sogar die Marke von 300 Euro pro Megawattstunde. Als der Preis in Europa gerade bei 120 Euro angesiedelt war, wurde im interkontinentalen Vergleich in den USA ein Preis von umgerechnet 19 Euro und in China von 22 Euro pro Megawattstunde Gas aufgerufen. In den USA ist Gas schon lange wesentlich billiger als in Europa, aber: Laut Helmenstein ist es ein wesentlicher Unterschied, ob Unternehmen in Österreich das Dreifache oder das Sechsfache bezahlen müssen, als Unternehmen in den USA, und dies dann noch auf einem allgemein höheren Preisniveau. „Fünf bis sechs Mal so hohe Energiepreise sind für die energieintensive Industrie Europas

und Österreichs nicht durchzuhalten“. Die hohen Energiepreise wirken sich aber auch auf weniger energieintensive Produktionen wie jener von Julia Aichhorn aus: „Wir spüren das indirekt, weil Rohmaterialien wie etwa Stahl aus Europa infolge der Energiepreise teurer sind“.

Ähnlich ungünstig für den österreichischen Wirtschaftsstandort ist die hohe abgabenbezogene und bürokratische Belastung. Österreich ist ein Hochsteuerland. Die Abgabenquote ist mit 43,5 Prozent die vierthöchste in der EU und liegt damit deutlich über dem EU-Durchschnitt. Damit einher gehen auch Vorteile, allen voran ein verlässliches System der sozialen Sicherung. „Aus der Perspektive vieler privater Haushalte muss eine hohe Abgabenquote daher nicht unbedingt nachteilig sein, unter Wettbewerbs-Gesichtspunkten ist sie allerdings hochproblematisch“, sagt Helmenstein. Denn für die Exportindustrie zählt am Ende die landesspezifische Kostenbasis, wenn es darum geht, auf den Weltmärkten wettbewerbsfähig zu bleiben.

Fragt man die beiden Unternehmer, ist das eine der größten Herausforderungen für den Produktionsstandort. Die Kosten für den Faktor Arbeit betragen in anderen Ländern zum Teil nur einen

”

Wenn man in der Steiermark oder Oberösterreich keine Arbeitskräfte findet, wird man sie in den USA erst recht nicht finden. Die Zahl der offenen Stellen im Manufacturing hat sich in den USA von üblicherweise 200.000 auf 800.000 vervierfacht.



Christian Helmenstein ist Chefökonom der Industriellenvereinigung.



Bruchteil des Niveaus Österreichs. Etwa in Bulgarien. Dort hat auch Pierer eine Produktion und ist überzeugt, dass es dort noch große Potenziale gibt: „Bulgarien ist eines der europäischen Länder, die man sich genau ansehen sollte. In der Coronazeit sind viele Arbeitskräfte, die bei uns und in anderen europäischen Ländern gearbeitet haben, nach Bulgarien zurückgekehrt und dort geblieben. Sie sind gut ausgebildet“, sagt Pierer. Als er vor vier Jahren in das Elektrofahrradgeschäft eingestiegen ist, hat er die entsprechende Fertigung von Beginn an in Bulgarien aufgebaut. „In Österreich konzentrieren wir uns auf High-End-Geländemotorräder und aufwändige, teure Modelle“, erzählt Pierer. Die übrige Motorrad-Palette wird bereits in Indien und China hergestellt.

Der nächste Aufschwung

Auch Ökonom Helmenstein ist überzeugt, dass Lösungen für die beiden zentralen Problemfelder – Energiekosten und Abgabenbelastung – zwingend notwendig sind, um den Industriestandort und damit

den Wohlstand in Europa zu erhalten. Falls dies gelinge, sei der nächste Aufschwung in Österreich dieses Mal nicht zum überwiegenden Teil von externen Impulsen abhängig. Allein die österreichischen Pläne zum Umbau des Energiesystems würden für einen solchen Aufschwung ausreichen. Würden die Vorgaben und Ziele des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes (EAG) in Österreich bis 2030 erfüllt, dann würde das ein zusätzliches Investitionserfordernis von über 50 Milliarden Euro auslösen. Zum Vergleich: Das Investitionsvolumen der gesamten österreichischen Industrie liegt derzeit bei rund 8,3 Milliarden Euro pro Jahr. „Die Kombination aus Energiepreisen und grüner Transformation erzwingt ja geradezu Innovation. Wenn man gezwungen ist, etwas zu tun, dann kommen Ideen und dann bewegt sich etwas. Das birgt enorme Chancen“, ist Pierer zuversichtlich. „Der Aufschwung wird dann beginnen, wenn mutige Unternehmerinnen und Unternehmer mit verlässlichen Finanzierungspartnern und einer rationalen, lösungsorientierten Wirtschaftspolitik zusammenkommen“, ist Helmenstein überzeugt.



WINZIGE BAUTEILE IM RAMPENLICHT

2021 eröffnete Infineon in Villach eine neue High-Tech-Chipfabrik für Leistungselektronik.

Ohne Mikrochips geht in der modernen Industrie so gut wie nichts. Deshalb will die EU die Produktion in Europa kräftig ankurbeln – und Österreich spielt dabei eine wichtige Rolle.

Wie stark Innovation und Erfolg am Weltmarkt zusammenhängen, kann man in Österreich wie durch ein Brennglas beobachten. In der Bahnindustrie hat Österreich weltweit gemessen an der Bevölkerungsgröße die höchste Erfinderdichte. Jährlich werden von 200 unterschiedlichen Personen in Österreich eisenbahnbezogene Patente angemeldet. Und gleichzeitig ist Österreich im Bereich der Bahntechnologie auch Exportweltmeister. Ähnlich stark ist Österreich in der Automobilindustrie und

ein weiterer Bereich hat das Zeug dazu: Mikrochips. Die winzigen elektronischen Bauteile stecken in nahezu jeder modernen Anwendung, von Fahrzeugen über Haushaltsgeräte bis hin zu Industrieanlagen.

Mozartkugeln und Mikrochips

Österreich soll auf der Welt für seine Mikrochips so bekannt werden wie für Lipizzaner oder Mozartkugeln, verlautete Bundeskanzler Karl Nehammer unlängst im Rahmen eines Mikrochips-Gipfels. 280 Betriebe sind derzeit in Österreich an der Mikrochip-Produktion

beteiligt und sichern damit rund 72.000 Arbeitsplätze. Bei der Produktion liegt Österreich derzeit auf Platz vier in Europa in absoluten Zahlen. Bei Investitionen in Forschung und Entwicklung auf Platz drei. „Österreich hat im Bereich der Mikroelektronik eine herausragende Position. Bezogen auf unsere Größe sind wir die Nummer eins im Beitrag zur Wertschöpfung, Beschäftigung und F&E-Investments. Wir haben es aus einer Kombination von unternehmerischem Mut, hochqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und guter Standortpolitik in der Vergangenheit geschafft, eine hohe Konzentration von Unternehmen und Forschungseinrichtungen aufzubauen“, sagt IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka, die mit Infineon Austria einen der wichtigsten Player in diesem Segment in Österreich leitet.



Während die Masse der Halbleiter aus China kommt, werden in Österreich hoch entwickelte Spezialchips produziert – zum Beispiel solche, die auf der ganzen Welt für die grüne Transformation benötigt werden. „Mit den Energiesparchips von Infineon ermöglichen wir es durch unsere Produktion im Konzern rund 97 Millionen Tonnen CO₂ einzusparen, indem Strom so intelligent geschaltet wird, dass möglichst wenig Energie verloren geht. 97 Millionen Tonnen CO₂ entspricht rund dreieinhalb Prozent der jährlichen CO₂-Emissionen in ganz Europa. Das ist ein riesiger Beitrag und zeigt, wie sehr man mit Technologie Ressourcen effizienter nutzen und somit sparen kann“, so Herlitschka.

Sabine Herlitschka ist CEO von Infineon Austria und Vizepräsidentin der Industriellenvereinigung.

Weil Mikrochips ein derart wichtiger Baustein sind, will Europa den Weltmarktanteil in der Produktion in Europa von derzeit zehn Prozent auf 20 Prozent bis 2030 verdoppeln. Zu schmerzhaft war die Erfahrung, als ein Mangel an Mikrochips in der Zeit der Pandemie zu großen Verwerfungen entlang der Lieferketten führte und beispielsweise Produktionsbänder in der europäischen Autoindustrie zum Stillstand gebracht hat. Das Industrewissenschaftliche Institut hat ein mögliches Investitionspotenzial der Mikrochips-Branche in Österreich auf sieben Milliarden Euro bis 2030 erhoben – dadurch könnten in Österreich in dem Sektor 26.500 neue Arbeitsplätze entstehen.

“Ein Geistesblitz lässt sich nicht planen”

Interview mit MARTIN HETZER

Am Institute of Science and Technology Austria (ISTA) in Klosterneuburg nahe Wien forschen einige der besten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Welt. ISTA-Präsident Martin Hetzer spricht im Interview über die wichtige Rolle der Grundlagenforschung, Risikobereitschaft und wie Österreich noch innovativer wird.



Österreich ist ein Land mit sehr hohen Forschungsausgaben. Es wird aber immer wieder beklagt, dass dem auch ein höherer “Output” gegenüberstehen könnte. Woran hapert es?

Martin Hetzer: Erst einmal unterstütze ich die aktive Forschungspolitik Österreichs. Wenige wissen, dass wir 3,2 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investieren, Tendenz steigend. Mit dieser Forschungsquote liegen wir europaweit im absoluten

Spitzenfeld, nämlich auf Platz drei. Was den „Output“ angeht, muss man verstehen, was Grundlagenforschung leisten kann. Innovative Grundlagenforschung führt im besten Fall zu unerwarteten Entdeckungen, die zu völlig neuen Fragen führen. Planbar ist das nur bedingt und hochkomplexe Phänomene erfordern Zeit, um die zugrundeliegenden Mechanismen zu verstehen. Ungeduld ist verständlich, aber kann sogar kontraproduktiv wirken. Ein Geistesblitz lässt sich

nicht planen oder forcieren. Aber er lässt sich begünstigen. Sehen Sie sich unser Institut an: Wir rekrutieren die besten Forscherinnen und Forscher der Welt, viele davon unter dreißig, in ihrer innovativsten Schaffensphase, und stellen ihnen alles zur Verfügung, was sich Forscherinnen und Forscher wünschen können. Topmoderne Laboratorien, das beste Equipment, hochprofessionellen Support, finanzielle Absicherung, und vor allem Unabhängigkeit und eine Kultur der



Risikobereitschaft, neue Wege zu gehen. Am ISTA können sie erforschen, was auch immer ihre Neugierde entfacht. Und es funktioniert: Wir erreichen Platz drei weltweit, wenn man den Output pro Forscherin oder Forscher betrachtet. Ich denke, aus diesem erfolgreichen „Experiment“ kann man etwas lernen.

Wie wichtig ist technologische Innovation in einem Land, das mit hohen Lohnkosten und als Exportnation im internationalen Wettbewerb steht. Oder anders gefragt: Welche Konsequenzen sehen Sie, wenn wir unsere Hausaufgaben in den

Bereichen Forschung & Entwicklung und Innovation nicht machen?

Grundlagenforschung ebnet langfristig den Weg für Technologien und nützliche Anwendungen. Sie wird nicht innovativer, wenn sie enge kurzfristige Ziele vorgeschrieben bekommt. Im Gegenteil, echte Innovation entsteht, wenn die Forschung ihre eigenen Ziele entwickelt. Eine Gesellschaft, die sich ausschließlich und ungeduldig auf angewandte Forschung konzentriert, würde letztlich wenig haben, was sie anwenden kann. Angewandte Forschung ist zweifellos wichtig und am ISTA unterstützen wir auch

aktiv Technologietransfer. Denn ich glaube, in seiner Charakteristik könnte Österreich im Bereich Innovation ganz vorne mitspielen, und tut das auch in vielen Bereichen. Es ist aber wichtig zu verstehen, dass der Ursprung aller Innovation in der Grundlagenforschung zu finden ist, aus der alle Anwendungen und Lösungen hervorgehen. Als kleines Land müssen wir diesen Blick annehmen, um im globalen Wettbewerb mitzumischen. Wir können nicht mit der Quantität industrieller Produktion mithalten, wir müssen auf Talententwicklung, Qualität, moderne Forschungsinfrastruktur, nationale



Foto: ISTA

und internationale Kooperationen, Förderung von Forschung und Entwicklung sowie regulatorische Flexibilität setzen. In zwanzig bis dreißig Jahren wird sich der Energiesektor grundlegend dekarbonisiert haben und digitalisiert gewirtschaftet werden. Österreich könnte hier innovative Lösungen entwickeln, anbieten und exportieren. Das betrifft alle Felder, von Kreislaufwirtschaft über neue Materialien, Datensicherheit, künstliche Intelligenz, moderne Medizin und vieles mehr.

*Was wären diese Hausaufgaben?
Was müssen wir tun, um bei*

Innovation im europäischen Spitzenfeld mitzuspielen?

Wir haben wie gesagt eine kompetitive Forschungsquote und auch vergleichsweise viele Absolventinnen und Absolventen in MINT-Fächern – diesen Teil der Hausaufgaben haben wir gemacht. Ich glaube, Österreich könnte tatsächlich nicht nur europaweit, sondern global vorne mitspielen. Was braucht es dazu? Führende Nationen im Bereich Innovation wie Israel und Südkorea investieren fünf Prozent und mehr in Forschung und Entwicklung, auch die USA liegen bei 3,5 Prozent. Diese Länder zeichnen darüber hinaus eine Fehlerkultur aus, die ich in Österreich so erst in Anfängen sehe. Man muss den Mut zum Risiko haben, wobei das Zitat gilt „Ein Schiff im Hafen ist sicher, doch dafür werden Schiffe nicht gebaut“. Start-ups können scheitern, visionäre Projekte können scheitern. Wenn wir die großen Herausforderungen, von Klimakrise, alternde Gesellschaft bis künstliche Intelligenz meistern wollen, müssen wir mutige Menschen unterstützen, die ausprobieren, was noch nie versucht wurde, die neue Wege gehen, die noch gar nicht existieren. Mit ‚xista‘ haben wir am Institut beispielsweise ein tolles

Programm geschaffen, das Firmengründungen unterstützt, finanziert und sogar Räumlichkeiten bietet. Ich lade alle herzlich dazu ein, am 17. Oktober zu unserem Event BigX zu kommen, um mehr zu erfahren und genau diesen Fragen nachzugehen.

In welchen Technologien und Forschungsfeldern hat Österreich besondere Stärken?

Nicht nur der Nobelpreis für Anton Zeilinger hat gezeigt, dass wir in der Quantenphysik ganz vorne mitspielen. Relativ zur Größe des Landes gibt es in keinem anderen EU-Land mehr wissenschaftliche Arbeiten aus dieser Zukunftsbranche. Auch am Institute of Science and Technology Austria forschen fünf Gruppen in diesem Bereich und profitieren vom Austausch mit anderen österreichischen Teams. In der Entwicklung neuer Materialien, Energiespeicherung und -Konvertierung, in vielen Bereichen der Lebenswissenschaften hätte Österreich die besten Voraussetzungen Vorreiter zu werden. Ich bin überzeugt, dass wir am ISTA mit unserem interdisziplinären Ansatz zur Grundlagenforschung Lösungen beisteuern können, die in zwanzig, vielleicht dreißig Jahren den Unterschied ausmachen werden.



ÜBER ISTA

Das Institute of Science and Technology Austria (ISTA) wurde 2007 als postgraduale Wissenschaftseinrichtung gegründet, die nach dem Vorbild ausländischer Einrichtungen wie dem Weizmann-Institut für Wissenschaften oder der Rockefeller University Spitzenforschung im Bereich der Grundlagenforschung betreibt.

In Zahlen

Mehr als 4.000 wissenschaftliche Publikationen. Im Jahr 2019 belegt das ISTA laut dem renommierten Wissenschaftsmagazin Nature Platz 3 des weltweiten Forschungsrankings Nature Index. 58 ERC Grants gab es bisher für 47 Professorinnen und Professoren (hochdotierte Förderungen für Grundlagenforschung des European Research Council) des ISTA.

DIE INDUSTRIE MUSS BEREIT FÜR DIE GROSSE ZEITENWENDE SEIN

Die Abkehr von fossiler Energie ist schmerzhaft. Je schneller das geschieht, desto besser



Gastkommentar von ERIC FREY

Eric Frey ist leitender Redakteur bei der Tageszeitung „Der Standard“.

Wer Nachrichten aus Deutschland in diesen Tagen verfolgt, erhält den Eindruck einer Zeitenwende – aber einer, die wenig Anlass zur Hoffnung gibt. Die deutsche Industrie, das Rückgrat von Europas größter Volkswirtschaft, steckt in einer tiefen strukturellen Krise, aus der es keinen einfachen Ausweg gibt. Sie ist auf das post-fossile Zeitalter nicht vorbereitet, viel zu abhängig von billigem Gas und vom Markterfolg seiner Verbrennerautos, die in einigen Jahren keinen Platz mehr auf Europas Straßen haben werden. Die Umorientierung der deutschen Industrie wird, selbst mit Hilfe der Politik, schwerer sein als die Umsetzung einer neuen Verteidigungsdoktrin.

Angesichts der engen Verflechtung der beiden Volkswirtschaften, wird auch Österreichs Industrie von dieser Krise getroffen, wenn auch etwas

weniger hart. Um eine Neuorientierung werden wir auch hierzulande nicht herumkommen, und da bietet sich in erster Linie grüne Technologie an. Der Ersatz von fossilen Brenn-

Bereichen an sich reißen wird, so wie es bereits bei Solarpaneelen geschehen ist, bleibt unseren Unternehmen im höchstwertigen Sektor noch ein großer Markt.

”

Der Ersatz von fossilen Brennstoffen durch erneuerbare Energie ist das größte industriepolitische Projekt seit der Elektrifizierung vor hundert Jahren und sie benötigt Innovationskraft.

stoffen durch erneuerbare Energie ist das größte industriepolitische Projekt seit der Elektrifizierung vor hundert Jahren und sie benötigt Innovationskraft, technische Kompetenz und die Fähigkeit, Produktionsabläufe zu perfektionieren. Darin sind mittelständige Industrieunternehmen in Deutschland, Österreich und der Schweiz unschlagbar. Auch wenn China die Massenproduktion in vielen

Österreichs Unternehmer und Führungskräfte sind sich der Chancen, die in einer selbstbewussten Klimapolitik liegen, bewusst. Dennoch treten sie oft als Skeptiker auf, warnen vor allzu strikten Auflagen und einem übereilten Vorgehen. Kurzfristig ist diese Haltung zu verstehen, denn wenn anderswo CO₂ mit geringeren Kosten in die Atmosphäre geblasen werden kann, dann droht die Verlagerung von Anlagen und der Verlust von Arbeitskräften. Aber längerfristig wird Österreich durch Zögern und Verschleppen nichts gewinnen. Je klarer die Rahmenbedingungen für die Energiewende, desto eher werden die Unternehmen Wege finden, wie sie in der neuen Industriewelt erfolgreich sein können.

STIMMEN AUS DER INDUSTRIE



„Borealis nimmt durch seine Strategie der Wertschöpfung durch Innovation eine Vorreiterrolle bei der Transformation der Kunststoffindustrie ein. Wir investieren laufend in die Entwicklung innovativer Materialien, Produkte und Technologien, und treiben so den Wandel zu einer Kreislaufwirtschaft voran. Im vergangenen Jahr wurde Borealis erneut als österreichischer Top-Innovator bestätigt. Unsere Innovationskraft beruht auf den Investitionen in unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Fachwissen sowie auf unternehmenseigenen Technologien. Als globaler Player mit starken europäischen Wurzeln und Head Office in Österreich nehmen wir so unsere Aufgabe zur langfristigen Absicherung des Industriestandorts Europa wahr.“

Thomas Gangl, CEO Borealis AG

„Europa allein hat – wegen des geringen Emissionsanteils – kaum eine Chance, den Klimawandel zu bremsen: Nur als starke Wirtschaftsmacht, mit wettbewerbsfähiger Industrie haben wir Einfluss auf andere Staaten und Regionen, um gemeinsam die Erde lebenswert zu halten. Leider erleben wir das Gegenteil: Der globale Einfluss der EU sinkt und statt Innovation in planbaren, funktionierenden Marktmodellen wird der Standort Europa mit Bürokratie und ad-hoc Regelungswut gravierend geschwächt. Net-Zero erreichen wir nicht mit vorgeschriebenen Technologien und Ideologie, sondern mit Mut, Innovation, Kreativität und Unternehmertum.“

Thomas Salzer, Geschäftsführender Gesellschafter Salzer Gruppe und Präsident der IV Niederösterreich



“Für uns als Bank der Industrie und des Mittelstands ist die Kreditnachfrage der wichtigste Konjunkturindikator. Wir verzeichnen indes Kreditwachstum, auch wenn sich die Nachfrage nach Investitionsfinanzierungen etwas abschwächt. Investiert wird vorrangig in den Bereichen Nachhaltigkeit (Energiewende), Automatisierung und Digitalisierung. Und es macht sich jetzt bezahlt, dass die Unternehmen in den vergangenen Jahren viel Eigenkapital aufgebaut und strategische Liquiditätsreserven angelegt haben.“

Franz Gasselsberger, Vorstandsvorsitzender Oberbank

„Damit der Wirtschaftsstandort Österreich weiterhin für die Zukunft fit bleibt, braucht es neben der Möglichkeit, allfällige Krisen abzufangen, auch enorme Mittel, um die grüne Wende in den kommenden Jahren zu finanzieren. Alleine in Österreich besteht ein zusätzlicher Investitionsbedarf bis 2030 in den Sektoren Energie, Industrie, Gebäude und Verkehr von rund 145 Milliarden Euro, um den konsequenten Investitionspfad Richtung Klimaneutralität zu schaffen. Dazu braucht es eine starke Industrie, leistungsfähige Banken sowie einen funktionierenden Kapitalmarkt und – wohl am allerwichtigsten – gegenseitiges Vertrauen.“

Gerda Holzinger-Burgstaller, Vorstandsvorsitzende Erste Bank



MEHR LEISTUNG SOLL SICH WIEDER LOHNEN

Der Mangel an Arbeitskräften entwickelt sich zu einem massiven Problem in Österreich. Unternehmen reagieren mit flexiblen Arbeitszeitmodellen – es braucht aber auch neue politische Konzepte, um Leistungspotenziale zu heben und qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland nach Österreich zu bringen.

Wenn man Unternehmerinnen und Unternehmer nach den Vorteilen Österreichs als Wirtschaftsstandort fragt, erhält man fast immer die gleiche Antwort: motivierte und hochqualifizierte Arbeitskräfte und die Innovationsstärke als wichtige Dimension von Produkt- und Servicequalität. Die angespannte Lage am Arbeitsmarkt schwebt also wie ein Damoklesschwert über Österreich. Zuletzt steigt die Arbeitslosenquote zwar wieder ein wenig, in den vergangenen Monaten gab es in einzelnen Bundesländern aber mitunter rein rechnerisch weniger als einen Arbeitslosen pro offener Stelle. In Österreich liegt die Arbeitslosenquote am niedrigsten Niveau seit 15 Jahren. Noch deutlicher ist das Problem bei Lehrstellensuchenden. Nur in Wien und im Burgenland kamen zuletzt auf eine offene Lehrstelle mehr als ein Lehrstellensuchender. In allen anderen Bundesländern ist das Verhältnis umgekehrt. Die Lehre sorgt in der Industrie aber für den hochqualifizierten Fachkräfte-Nachwuchs – ein Modell, das auf der ganzen Welt als vorbildhaft gilt.

Unternehmen gehen mit dieser Situation unterschiedlich um. Für die rot-weiß-rote Fluglinie Austrian Airlines ist es ein erster logischer Schritt, individuelle Arbeitsmodelle zu finden, die möglichst gut zur Lebens- und



Stefan Ehrlich-Adám ist CEO von EVVA

”

Unternehmen brauchen so viel Flexibilität wie möglich, um die Aufteilung des Arbeitsaufkommens sinnvoll steuern zu können.







In der Produktion von EVVA.

Arbeitsrealität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern passen. „Ich bin eine große Verfechterin davon, mit Mitarbeitenden zu sprechen und sich die individuellen Bedürfnisse anzusehen“, sagt AUA-Chefin Annette Mann. „Pauschallösungen passen weder für ein einzelnes Unternehmen, noch für eine Branche oder gar ein ganzes Land. Dass es Unterschiede in Arbeitsmodellen für IT-Spezialistinnen und -Spezialisten oder von Pilotinnen und Piloten geben muss, liegt in der Natur dieser Berufe, sowohl was Arbeitsort als auch Arbeitszeiten betrifft. Auch wenn es um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht, sieht Annette Mann stark individuelle Bedürfnisse. „Die einen brauchen maximale Planbarkeit und möglichst wenig Abweichung davon. Andere wiederum schätzen mehr Flexibilität. Als Arbeitgeber geht es darum, diese konkreten Anliegen zu verstehen und eine Auswahl an Modellen anzubieten, die für beide Seiten funktionieren“.

Auch Stefan Ehrlich-Adám, CEO von EVVA, kann der derzeit diskutierten, pauschalen Arbeitszeitverkürzung wenig abgewinnen. „Unternehmen brauchen so viel Flexibilität wie möglich, um die Aufteilung des Arbeitsaufkommens sinnvoll steuern zu können“, sagt der Unternehmer. „Das Arbeitsrecht bietet schon jetzt viele Möglichkeiten, von Gleitzeitvereinbarungen bis zu einer Aufteilung der Arbeitszeit auf nur vier Wochentage, wenn das mit dem Arbeitsaufkommen vereinbar ist. Das muss aber eine individuelle Entscheidung bleiben“. Der Idee, die Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn zu reduzieren, erteilt er eine klare Absage, die sich auch volkswirtschaftlich argumentieren lässt.

Die Arbeitskosten sind in Österreich schon jetzt auf einem sehr hohen Niveau, was vor allem auch an den Lohnnebenkosten liegt, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu leisten haben. Da in Österreich der Exportanteil besonders hoch ist, müssen die Produkte und Services aber am Weltmarkt bestehen können und hohe Lohnstückkosten sind für die Wettbewerbsfähigkeit eine große Hürde. Eine Arbeitszeitreduktion von 40 Wochenstunden auf 32 Wochenstunden bei gleichem Lohn würde die Lohnstückkosten um rund 20 Prozent in die Höhe schnellen lassen.

Bevölkerungsstruktur

Warum in Österreich und ganz Europa der Arbeitskräftemangel akut ist, hat verschiedene Gründe. Einerseits schrumpft in ganz Europa die Bevölkerung. In Österreich gibt es immer weniger 15-Jährige und damit weniger Menschen im klassischen Alter von Lehranfängern. Gleichzeitig wächst die Gruppe der Österreicher im Regelpensionsalter und der Höhepunkt ist dabei noch nicht erreicht, denn die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer sind derzeit 50 bis 60 Jahre alt.

Einen weiteren Grund, warum der Arbeitskräftemangel im Laufe des vergangenen Jahres so akut geworden ist, sehen Experten darin, dass die Pandemie die Binnenmigration in Europa eingeschränkt hat. Außerdem erfolgt Migration aus Drittländern in Österreich derzeit nur wenig gesteuert. Jene Menschen, die als Asylwerber nach Österreich kommen, könnten den demografischen Wandel sogar zum Teil

ausgleichen – laut Jahresstatistik des BMI für 2021 waren fast 60 Prozent der Antragsteller zwischen 18 und 35 Jahre alt und nur 0,2 Prozent über 65. Am Arbeitsmarkt wird das aber auch mittelfristig keine Auswirkungen haben. Laut Integrationsfonds sinkt der Bildungsstand von asyl- und subsidiär Schutzberechtigten in Österreich. Ein Großteil der Menschen, die in Österreich Asyl erhalten haben und Deutschkurse nach dem Integrationsgesetz in Anspruch nehmen, können nicht lesen und schreiben. Die Hälfte davon ist selbst in der eigenen Muttersprache nicht alphabetisiert, was das Deutschlernen deutlich erschwert.

Internationale Fachkräfte

Die qualifizierte Zuwanderung aus Drittländern ist noch überschaubar: 6182 Rot-Weiß-Rot-Karten wurden 2022 ausgestellt. Die Zahl scheint niedrig, ist tatsächlich aber nach einer Reform der Karte mit Oktober stark angestiegen – zum Vergleich: 2021 wurden 3881 Rot-Weiß-Rot-Karten ausgestellt. 2023 zeichnet sich erneut ein starker Anstieg ab – in den ersten fünf Monaten des Jahres wurden laut AMS um 45 Prozent mehr Karten ausgestellt und es könnten für das Gesamtjahr bis zu 10.000 Bewilligungen werden, wie AMS-Chef Johannes Kopf im Ö1-Morgenjournal sagte. In Zukunft wird diese qualifizierte Zuwanderung in ganz Europa enorm an Bedeutung gewinnen.

Leistungspotenziale

Aber auch innerhalb Österreichs gibt es noch Potenziale zu heben. Laut Eurostat lag das “unausgeschöpfte Arbeitskräftepotenzial” (labor market slack) der erwerbsfähigen Bevölkerung in Österreich im zweiten Quartal 2023 bei 9,8 Prozent – im EU-Schnitt lag es bei 11,2 Prozent. In dieser Statistik werden Arbeitslose, aber auch Personen berücksichtigt, die in Teilzeit arbeiten, aber aufstocken könnten und jene, die derzeit nicht berufstätig sind, aber auch nicht auf Jobsuche. Das bedeutet: In Österreich könnten noch rund zehn Prozent der maximal möglichen Arbeitskraft mobilisiert werden und noch mehr, wenn man jene berücksichtigt, die unter den richtigen Umständen auch nach dem Erreichen des Pensionsalters weiterarbeiten würden – wenn die richtigen Register gezogen werden.

Derzeit wird der Leistungswille in Österreich kaum gefördert. Die Arbeitsmarktreform ist im Herbst 2022 nach 15 Monaten Verhandlungen gescheitert – und damit auch eine Reform des Arbeitslosengeldes. Die Regierung hat sich zwar darauf geeinigt, die geblockte Altersteilzeit abzuschaffen, die defacto einen früheren Pensionsantritt ermöglichte. Unter dem Strich scheiden Österreicher im Europavergleich aber viel zu früh aus der Erwerbstätigkeit aus. Im EU-Schnitt ist die Erwerbstätigkeit Älterer zuletzt übrigens gestiegen. Hier liegt also noch einiges ungehobenes Potenzial.

Auch in den Altersgruppen darunter wird Mehrarbeit derzeit kaum belohnt. Die Regierung reagiert nun mit einem Entlastungspaket, das auch eine Erhöhung der steuerfreien

Überstunden von 10 auf 18 Stunden pro Monat umfasst und den Deckel dafür auf 200 Euro erhöht.

Von Teilzeit auf Vollzeit

Eine weitere Herausforderung: Österreich ist nach wie vor eine Hochburg der Teilzeitbeschäftigung. So gab 2022 laut Statistik Austria bereits jede zweite erwerbstätige Frau und jeder achte Mann an, Teilzeit zu arbeiten. Die Gründe dafür sind bekannt: einerseits zahlt es sich aufgrund der Steuerstufen in Österreich weniger als in anderen Ländern finanziell aus, von Teilzeit auf Vollzeit aufzustocken.

Andererseits gibt es zu wenige Kinderbetreuungsplätze, die vielen Eltern eine Vollzeitbeschäftigung überhaupt erst ermöglichen würden. Dafür müssen Betreuungsplätze laut “Vereinbarkeitsindikator für Familie und Beruf” (VIF) bestimmte Mindestkriterien bei den Öffnungszeiten erfüllen. Zuletzt ist in Österreich der Anteil an Kindern, die einen Platz in solchen Einrichtungen haben, leicht gesunken auf nur jedes zweite Kind im Alter von drei bis fünf Jahren und eine noch viel niedrigere Quote bei den Jüngeren. Das ist nicht nur für die Vereinbarkeit eine schlechte Nachricht, sondern auch für die frühkindliche Bildung. Das hat auch die Regierung erkannt und will nun mit einem 4,5 Milliarden Euro schweren Paket für den Ausbau der Elementarbildung gegensteuern.



Annette Mann ist CEO der Airline AUA.

”

Ich bin eine große Verfechterin davon, mit Mitarbeitenden zu sprechen und sich die individuellen Bedürfnisse anzusehen.

EXPORTNATION ÖSTERREICH

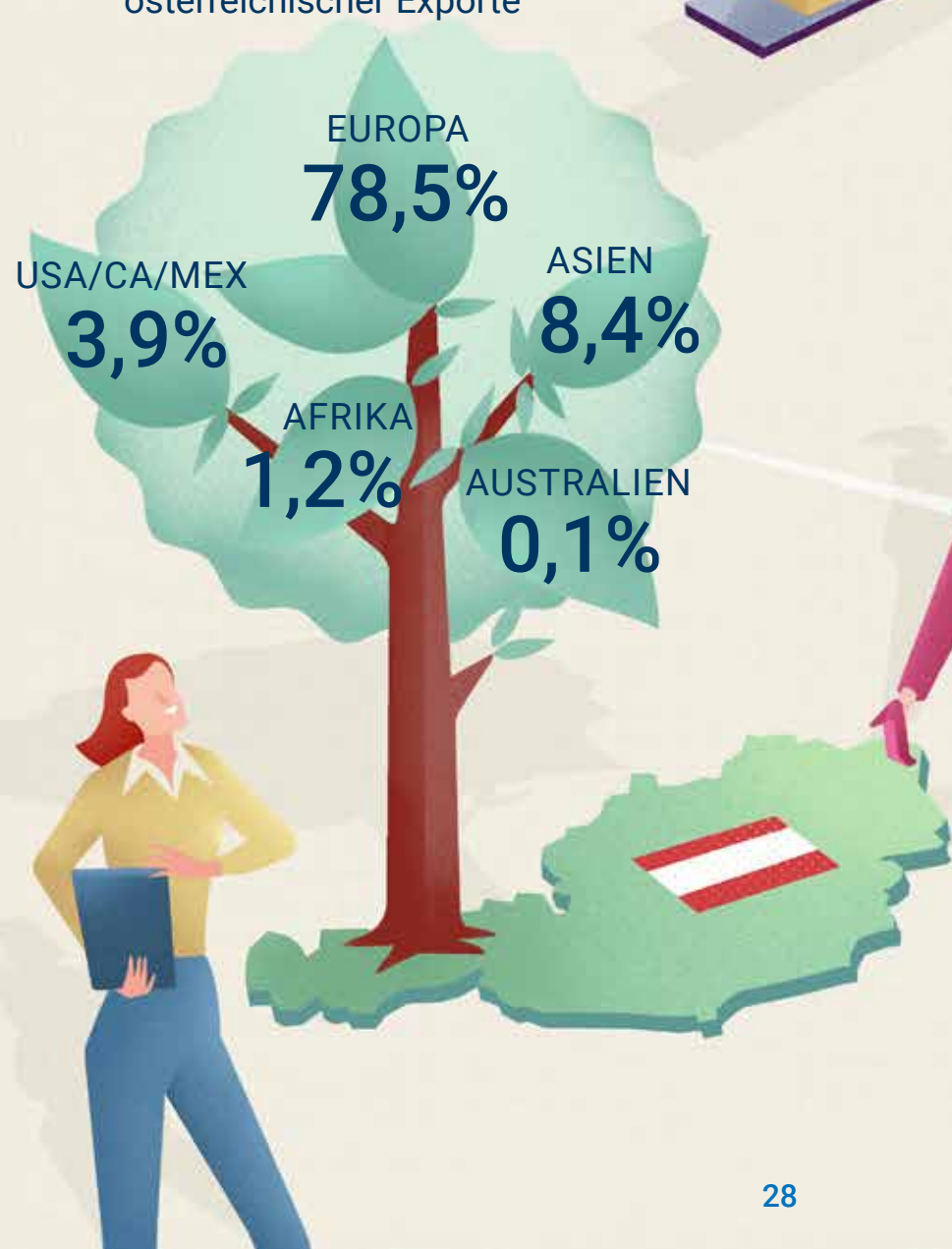
Österreichs Industrie exportiert fast
zwei Drittel ihrer Produkte in die ganze Welt.



Export Waren
2022

Export von Waren
1994

Die wichtigsten Zielregionen
österreichischer Exporte



Die EU hat **48**
Wirtschaftsabkommen
mit
78 Staaten.

Nach Inkrafttreten der
Partnerschaft mit
Südkorea sind die Exporte
binnen 10 Jahren
um **147%** gestiegen.

DIE NÄCHSTE RAKetenSTUFE DER INTERNATIONALISIERUNG

Österreich ist eine Exportnation. Der Erfolg am Weltmarkt ist die Grundlage für die Erfolgsgeschichte der heimischen Industrie. Die Erschließung neuer Weltregionen als Absatzmärkte kann den nächsten Wachstumsschub bringen.

Während sich in Österreich und Europa die Wirtschaftslage eintrübt, gibt es in anderen Weltregionen hohe Wachstumsraten. "Eigentlich ist alles angerichtet für einen Konjunkturaufschwung. Die Ära multipler Krisen liegt weitgehend hinter uns", sagt der Chefökonom der Industriellenvereinigung, Christian Helmenstein. Die Pandemie ist weitgehend bewältigt und auch bei den Lieferkettenproblemen und hohen Energiepreisen zeichnet sich Entspannung ab. In 60 Ökonomien weltweit hat der Konjunkturaufschwung laut Helmenstein bereits eingesetzt – sie alle qualifizieren sich als Tigerstaaten, da sie ein reales Wirtschaftswachstum gemessen am Bruttoinlandsprodukt von mehr als vier Prozent aufweisen. Allerdings: Darunter befindet sich, mit Ausnahme Irlands, kein einziges fortgeschrittenes Industrieland – weder im Norden Amerikas, noch in Europa. "Der Aufschwung findet statt, aber nicht

bei uns", stellt Helmenstein fest. Um das zu ändern, müssen sich Europa und Österreich strukturellen Herausforderungen am Arbeitsmarkt und bei den Energiepreisen stellen und die Chancen der grünen Transformation schlau nutzen (siehe Coverstory, Seite 8-17). Für den nächsten kräftigen Wachstumsschub braucht Österreich aber noch eine ganz wesentliche Zutat: den Rest der Welt. Österreich ist mit einem Exportanteil von 60,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts einer der großen Profiteure der

60,8 %
*Exportanteil am
Bruttoinlandsprodukt
Österreichs*



Internationalisierung. Jeder vierte Steuereuro wird hierzulande im Export erwirtschaftet.

Dementsprechend sieht der Ökonom großes Potenzial in neuen Freihandelsabkommen und der Stärkung vorhandener Partnerschaften. Derzeit konzentriert sich der Export Österreichs vor allem auf Europa, die USA und in überschaubarem Maß China. „Unsere wichtigsten Exportmärkte liegen aus österreichischer Sicht in Europa und dort vor allem im Süden Deutschlands. Wir liefern Leichtbauprodukte in Serie an die Automobil-Industrie sowie die Bahn“, sagt Karin Exner-Wöhrer, CEO der Salzburg Aluminium Group, die einen Exportanteil von 90 Prozent aufweist. Großes Potenzial sieht sie in Nordamerika – ihre Technologien für die Infrastruktur im Bereich Wasserstoffantriebe seien aber auch für den asiatischen Markt interessant. „Die USA waren für Österreich die erste Stufe der Fernmarkterschließung und jetzt ist es Zeit, die nächste Raketstufe zu zünden“, so Helmenstein. In Asien sieht er große Potenziale in Ländern wie Indien, Thailand, Vietnam, Singapur oder Indonesien. In Südamerika steht die EU knapp vor dem Abschluss einer Partnerschaft mit der Mercosur-Region. Ein Abkommen könnte im Laufe von zwölf Jahren zu einer Steigerung europäischer Exporte in die Mercosur-Länder Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay um bis zu 68 Prozent führen. Der bisherige EU-Handel mit der Mercosur-Region sichert in Österreich 32.000 Arbeitsplätze. Insgesamt sind dort 1400 heimische und 60.500 EU-Unternehmen aktiv. Beim Export in den Mercosur-Raum gelten derzeit hohe Zölle auf Industriegüter. Österreich könnte beispielsweise bei der geplanten Reindustrialisierung Brasiliens mit umweltfreundlichen Technologien punkten.

„Die Stärken unserer Produkte am Weltmarkt liegen in ihrer Qualität, Präzision und Nachhaltigkeit. Aluminium ist leicht und gleichzeitig ein vielfältiges Material, das in vielen Branchen Anwendungen findet. Österreich bietet eine gute Infrastruktur, hochqualifizierte Arbeitskräfte und die Gemeinde

32.000 *Arbeitsplätze*
sichert der EU-Handel mit der
Mercosur-Region in Österreich

Karin Exner-Wöhrer ist CEO
der Salzburg Aluminium Group.



”

Die Stärken unserer Produkte am Weltmarkt liegen in ihrer Qualität, Präzision und Nachhaltigkeit.

Lend insbesondere hat eine lange Tradition in der Aluminiumverarbeitung“, sagt Exner-Wöhrer.

Das schlechte Zeugnis, das das Schweizer IMD-Institut Österreichs Wettbewerbsfähigkeit zuletzt ausgestellt hatte – Österreich ist um vier Plätze abgerutscht und liegt nun auf Platz 24 von 64 Ländern – macht aber auch der Unternehmerin Sorgen. „Wir spüren die Auswirkungen des Rückgangs in der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs sehr stark. Vor allem die starken Gehaltssteigerungen des letzten Jahres haben im Vergleich zu Italien und Spanien die Schere sehr weit aufgemacht. Unsere Wettbewerbsfähigkeit in der Fertigung ist durch Effizienzsteigerungen und Automatisierung nicht aufrechtzuerhalten. Ein ähnlicher Abschluss 2023 würde die Zukunft des Industriestandortes Österreich grundlegend erschüttern“, so Exner-Wöhrer. Sie appelliert an die Politik, sich die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes im Vergleich mit anderen Ländern in Europa zum Maßstab zu machen.

STIMMEN AUS DER INDUSTRIE



„Österreich steht für Innovation, Qualität, Stabilität und einen gut ausgebildeten Arbeitsmarkt. Um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern und die Erosion unseres Wohlstandes zu verhindern, sind aber gemeinsame Anstrengungen notwendig. Nur wenn wir unsere Kräfte bündeln und uns engagiert einsetzen, werden wir unseren Wirtschaftsstandort stärken und hochwertige Arbeitsplätze für die kommenden Generationen schaffen - für ein chancenreiches und lebenswertes Österreich.“

Elmar Hartmann, CEO Gantner und Präsident der IV Vorarlberg

„Einer der großen Standortvorteile Österreichs sind die motivierten und gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wenn es uns gelingt, diesen Vorsprung durch Investitionen in Bildung und gute Rahmenbedingungen für attraktive Arbeitsplätze zu sichern und auszubauen, werden wir die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam als Chancen nutzen können.“

Ursula Simacek, CEO Simacek Gruppe



„Es gilt, Chancen zu nutzen. Was wir brauchen, ist eine zukunfts zugewandte Industrie, die sich innovative Lösungen zu Nutze macht und so unsere Position in Sachen Technologiekompetenz ausbaut. Wesentlich ist dazu intensive, aktive europaweite Zusammenarbeit in allen Bereichen. PALFINGER initiiert seit Jahren erfolgreich europäische Kooperationsprojekte. Aus dieser Erfahrung heraus braucht es im globalen Technologiewettbewerb dringend mehr europäische Initiativen.“

Andreas Klauser, CEO PALFINGER

„Die Lohnstückkosten und Energiepreise in Europa sind deutlich zu hoch, weshalb sich die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes massiv verschlechtert. Unsere Chance ist es, mit Innovation einen Teil davon wettzumachen. Dafür muss aufgehört werden, die Unternehmen mit Überregulierung (Taxonomie, Lieferkettengesetz, Hinweisgeberrichtlinie, etc.) von dieser wichtigen Kernaufgabe abzuhalten.“

Tatjana Gertner-Schaschl, Aufsichtsratsvorsitzende Treibacher Industrie AG



Interview

„Die Industrie erwartet ein anspruchsvolles nächstes Halbjahr“

GEORG KNILL ist ein österreichischer Unternehmer. Er ist geschäftsführender Gesellschafter der Knill-Gruppe und seit 2020 Präsident der Industriellenvereinigung.



”

Die zahlreichen Krisen der jüngsten Vergangenheit – die Covid-19-Pandemie, der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine – haben auch Spuren in der heimischen Wirtschaft hinterlassen. Wie würden Sie insgesamt die momentane Wirtschaftslage beschreiben?

Georg Knill: Die Entwicklung der heimischen Wirtschaft bereitet mir große Sorge. Die österreichischen Industrieunternehmen sind grundsätzlich gut durch die Pandemie gekommen und haben unser Land in der schwierigen Zeit getragen. Während der Krise hat die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Industrie dazu beigetragen, das Schlimmste zu verhindern. Jetzt, im Jahr 2023, sieht die Lage anders aus: Die Auftragsituation ist rückläufig, das merken wir auch bereits am Investitions- und Konsumverhalten. Viele Unternehmen spüren weiterhin Druck durch hohe Energiepreise. Wir erwarten einen Rückgang in der Industrie von bis zu vier Prozent. Die Lage in den Branchen ist jedoch sehr unterschiedlich, in vielen Branchen gibt es starke Einbrüche und vereinzelt Rückgänge von bis zu 20 Prozent. Die jüngsten Konjunkturumfragen deuten darauf hin, dass ein Aufschwung für dieses Jahr ausbleibt, und eine Rezession voraussichtlich im kommenden Winter die österreichische Industrie trifft. Diese alarmierenden Anzeichen deuten auf einen längerfristigen Abwärtstrend hin, und zusammen mit zusätzlichen Belastungen erwartet den industriellen Sektor ein anspruchsvolles nächstes Halbjahr.

Die Strompreiskompensation ist ein europäisches Instrument, das nicht primär als finanzielle Unterstützung konzipiert ist, sondern vielmehr darauf abzielt, die Standortsicherheit zu gewährleisten.

2022 verzeichneten einige Industriebetriebe durchaus gute Bilanzen, trotz der hohen Energiepreise. Ist die Rede von einem anspruchsvollen kommenden Halbjahr gerechtfertigt?

Die meisten energieintensiven Unternehmen haben eine ausgereifte Energiestrategie implementiert und langfristige Lieferverträge abgeschlossen, um Kosten planen zu können und Preisausschläge weitestgehend zu umgehen. Darüber hinaus gelang es einigen Unternehmen, einen Teil ihrer gestiegenen Kosten weiterzugeben, was eine notwendige Maßnahme war. Nicht zu vernachlässigen ist auch die Unterstützung, die vom Staat zur Verfügung gestellt wurde. Energiekosten sind leider kein nationales, sondern ein europäisches Thema. Es ist hier nicht gelungen, trotz zahlreicher Treffen der Energieministerinnen und -Minister, eine europäische Lösung zu finden. Die Konsequenz waren nationalstaatliche Alleingänge, die meist die Nachbarstaaten weiter unter Druck gebracht haben, wie das beispielsweise mit dem „deutschen Doppelwumms“ der Fall war. Hier

hat die österreichische Bundesregierung, auch auf unser Bestreben hin, durch den Energiekostenzuschuss eine Möglichkeit geschaffen, um den entstandenen Wettbewerbsnachteil abzufedern.

Welche Maßnahmen wären aus Sicht der Industrie umzusetzen?

Die Strompreiskompensation beispielsweise ist ein europäisches Instrument, das nicht primär als finanzielle Unterstützung konzipiert ist, sondern die Standortsicherheit gewährleisten soll. Denn sie zielt darauf ab, zusätzliche Belastungen aufgrund der hohen Energiekosten durch CO₂-Zertifikate teilweise auszugleichen. Diese Möglichkeiten wurden gezielt auf europäischer Ebene entwickelt, die meisten europäischen Länder nutzen diese bereits bis zum Jahr 2030. In diesem Zusammenhang war Österreich bislang zurückhaltender, da es bisher nur für das Jahr 2022 eine Kostenrückerstattung gewährt hat, wir setzen uns jedoch weiterhin stark für eine Verlängerung bis 2030 ein, um den heimischen Unternehmen auch



Am „Kindertag der Industrie“ können Schulkinder in die Welt der Industrie eintauchen.

die notwendige Planungssicherheit bieten zu können.

Die Energiekosten für Gas sind in den USA und China deutlich niedriger als in der EU. Welche Auswirkungen hat dies auf die europäische Industrie?

Die Energiepreise in den USA lagen bereits vor der Krise niedriger und die Differenz hat seither weiter zugenommen – das führt zu einem erheblichen Wettbewerbsnachteil. Wir versuchen jedoch, diese erhöhten Kosten teilweise durch gesteigerte Produktivität durch Innovation und Digitalisierung auszugleichen. Mit Blick auf den Umbau des Energiesystems und die Dekarbonisierung muss uns jedoch bewusst sein, dass die Energiekosten in Europa voraussichtlich hoch bleiben werden. Das liegt vor allem daran, dass es erforderlich ist, erhebliche Mittel in den Ausbau der Energieinfrastruktur und die Einführung neuer Energiequellen zu investieren, wobei die Finanzierung letztendlich von jemandem übernommen werden muss.

Die USA und China setzen auf völlig verschiedene Energiequellen, von Kernenergie bis Schiefergas in den USA und einer verstärkten Nutzung von Kohle in China. Dem gilt es sich zu stellen.

Wir beziehen in Österreich weiterhin vor allem Gas aus Russland. Bevor wir im Vorjahr vom Gegenteil überzeugt wurden, galt dieses auch als günstiger. Waren wir in Bezug auf Russland vielleicht zu naiv?

Das sehe ich nicht so. Tatsächlich ist es so, dass Österreich über 50 Jahre hinweg von kostengünstigen und zuverlässigen Energielieferungen, auch aus Russland, profitiert hat. Dies spielte eine wesentliche Rolle im Wiederaufbau Österreichs. Das muss man nicht nachträglich abwerten. Allerdings ist klar, dass diese Zeit nun vorbei ist. Der Krieg hat deutlich gezeigt, dass Österreich sich nicht länger auf diese Energiequellen verlassen darf und hier diversifizieren muss. Dabei ist bereits einiges passiert, dennoch haben

wir noch einen weiten Weg vor uns, bis wir vollständig unabhängig sein werden.

In den letzten Krisen wurde von allen Seiten nach dem Staat gerufen, von Unternehmern und von Arbeitnehmern.

Wir haben uns nicht grundlos klar für Unterstützungen ausgesprochen, in der damaligen Situation, die auch mit viel Unsicherheiten verbunden war, waren die Unterstützungen notwendig und richtig – nun müssen wir uns wieder ein wenig Wegbewegen von dem Gedanken, dass der Staat alles richtet und wieder die Eigenverantwortung in den Fokus rücken.

Würden in der nächsten Krise nicht wieder alle auf staatliche Unterstützung hoffen?

Wir müssen zwischen verschiedenen Arten von Krisen unterscheiden: Die Gesundheits- und Energiekrise sind externe Faktoren. Das sind unvorhersehbare Ereignisse, die zu erheblichen

Einbrüchen führen. In einem gut funktionierenden Markt sind jedoch auch übliche Schwankungen zu erwarten, und ebenso wie es erfreulicherweise mehr Unternehmensgründungen gibt, sollte auch Insolvenz wieder als ein regulärer Bestandteil des Geschäftsumfelds gesehen werden.

Die Industriellenvereinigung wird immer wieder als Bremsen im Kampf gegen den Klimawandel dargestellt – entspricht das der Realität?

Als Unterstützer des Green Deals verfolgen wir, als österreichische Industrie, die Ziele der Europäischen Union und wollen bis 2050 CO₂-neutral werden. Ebenso stehen wir hinter dem Pariser Klimaabkommen und seit 18 Jahren ist der energieintensive Industriesektor vom Emissionshandel erfasst, das bedeutet unsere Unternehmen sind auf dem Pfad der Dekarbonisierung bereits auf einem guten Weg. Die entsprechenden Vorgaben erfüllen wir jedes Jahr. Oftmals wird die Industrie in der öffentlichen Wahrnehmung als Bremsen dargestellt, auf den zweiten Blick ist jedoch vielmehr das Gegenteil der Fall: unsere Unternehmen sind häufig Vorreiter und starker Partner, wenn es um Klimaschutz und Dekarbonisierung geht.

Welche Auswirkungen hat die Verschärfung der Technologie-Sanktionen zwischen China und den USA auf Österreich und die EU?

Durch den Krieg in der Ukraine und durch Russland erleben wir gerade eine erhebliche geopolitische und machtpolitische Verschiebung. Wir müssen klar erkennen, dass ein wirtschaftlicher Konflikt zwischen den großen Blöcken tobt. Wir sind besorgt, dass Europa in diesem Streit Schaden nehmen und unsere Position im geopolitischen Gefüge weiter geschwächt werden könnte. Um unsere Autonomie in der EU zu stärken, sollten wir überlegen, welche strategischen Partnerschaften wir eingehen wollen und wie wir bestehende Beziehungen weiter stärken können. Dabei spielen auch EU-Handelsabkommen, wie beispielsweise mit dem Mercosur-Raum

eine zentrale Rolle. Wir hoffen in diesem Fall hoffen wir auf einen baldigen Abschluss auf europäischer Ebene.

Österreich ist heute in vielen Bereichen, gerade wenn es um Rohstoffe für Umwelttechnologien geht, stärker angewiesen auf Lieferungen aus China als auf russisches Gas in der Vergangenheit. Liegt da womöglich neues Gefahrenpotential?

Einerseits wird durchaus zurecht Kritik an der Abhängigkeit zu Russland geübt, andererseits begeben wir uns aktuell auch in neue Abhängigkeiten, beispielsweise im Bereich der erneuerbaren Energien. Die Produktion von beispielsweise Windrädern oder Elektrobatterien kommt ohne chinesische Wertschöpfung oder Vorprodukte kaum aus. Wenn China – aus welchem Grund auch immer – seine Lieferungen nach Europa einstellen würde, wäre die grüne Transformation in Europa gefährdet. Klar ist jedoch auch, dass wir als Europa nicht alles selbst machen können, wir müssen uns genau und strategisch wohl überlegen, wo unsere Stärken liegen und welche Produktionen und kritische Infrastruktur wir in Europa halten bzw.

ausbauen wollen und für welche Produkte oder auch Rohstoffe wir Partnerschaften auf Augenhöhe schließen wollen, wie beispielsweise aktuell mit dem Mercosur-Abkommen.

ÖVP und Grüne sind aber überraschend einer Meinung bei ihrem Nein zu Mercosur.

Es mag zwar bequem sein zu sagen, dass das im Koalitionsabkommen vereinbart wurde, aber ebenso steht im Koalitionsabkommen, dass bei wesentlichen Veränderungen eine erneute Evaluierung möglich ist. Unter dem Gesichtspunkt der Stärkung von Partnerschaften mit anderen demokratischen Ländern weltweit, sollte dies erneut in Betracht gezogen werden – auch um in Bezug auf Rohstoffe unabhängiger zu sein.

Die IV sieht Vermögens- und Erbschaftssteuern sehr kritisch. Warum ist das so, wenn die Einführung neuer Steuern möglicherweise zur Senkung anderer – zum Beispiel der auf Arbeit – führen könnte?

Dieser Aspekt ist durchaus interessant, jedoch ist er bisher in der öffentlichen Diskussion nicht gebracht



worden. Meiner Ansicht nach haben wir kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Ein gutes Beispiel hierfür sind die aktuellen Verhandlungen zum Finanzausgleich mit den Bundesländern. Es findet strukturell kaum Fortschritt statt; die Diskussion dreht sich primär um die Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel zur Aufrechterhaltung der bestehenden Strukturen. Dies geschieht, obwohl wir mit erheblichen Herausforderungen im Gesundheits- und Pflegesektor sowie einer komplexen Verteilung von Kompetenzen und Zuständigkeiten konfrontiert sind. Ich sehe keine Bereitschaft, hier

maßgeblich etwas zu verbessern. Bevor wir über die Einführung neuer Steuern nachdenken, sollten diese Fragen gelöst sein. Es ist auch erwähnenswert, dass der SPÖ-Finanzminister Ferdinand Lacina die Vermögensteuern abgeschafft hat, weil sie nicht viel Ertrag gebracht haben.

Österreich hat eine sehr hohe Teilzeitquote, das wirkt sich auch auf die Gesamtarbeitszeit aus. Was sind die größten Herausforderungen am Arbeitsmarkt?

Wir stehen sicher vor vielschichtigen Herausforderungen im Bereich des Arbeitsmarktes. Eines der großen

Themen ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – laut Umfragen würden 72.000 Frauen gerne mehr arbeiten, gäbe es passende Angebote zur Kinderbetreuung. Oft gibt es auch steuerliche Aspekte, die zusätzliche Arbeitsstunden weniger attraktiv machen. Daher ist Teilzeitarbeit in vielen Fällen eine bewusste Wahl, dem müssen wir entgegensteuern und Mehrarbeit belohnen. Auch die demografischen Herausforderungen belasten den Arbeitsmarkt. Daher müssen wir alle verfügbaren Mittel nutzen, sei es durch längere Arbeitszeiten oder gezieltes Anwerben von qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland.



Die Industriellenvereinigung setzt sich dafür ein, möglichst früh die Begeisterung für Technik zu fördern.

STIMMEN AUS DER INDUSTRIE



„Um Österreich als wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort zu erhalten, müssen wir jene, die mit Eigeninitiative und Leistung einen entscheidenden Beitrag zum Erhalt des Wohlstands unserer Gesellschaft erbringen, besonders honorieren. Ein leistungsgerechtes Entlohnungssystem, basierend auf einem reformierten Steuersystem, das den Faktor Arbeit merklich entlastet und Unternehmertum fördert, ist der Schlüssel dafür.“

Christoph Swarovski, Vorstandsvorsitzender Tyrol Equity und Präsident der IV Tirol

„Wir werden die großen Herausforderungen unserer Zukunft, wie die grüne Transformation und die Digitalisierung, nur mit Fachkräften im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) meistern können. Bildung muss daher unser Thema Nr. 1 sein! Wir müssen alle Potentiale nutzen, Interesse für MINT bereits im frühkindlichen Alter zu wecken und Jugendlichen verschiedene Karrierewege aufzeigen.“

Adelheid Adewöhrer, CEO Neudoerfler Büromöbel und Präsidentin IV Burgenland



„Österreichs Unternehmer haben gemeinsam mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nach dem zweiten Weltkrieg eine unglaubliche Erfolgsgeschichte geschrieben. Zahlreiche Unternehmen haben es als „hidden champions“ sogar zu Weltmarktführern gebracht. Umso wichtiger wäre es jetzt, die angeschlagene Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Österreich wieder zu stärken – sonst verspielen wir leichtfertig den mühsam aufgebauten Wohlstand!“

Christian C. Pochtler, Geschäftsführender Alleingesellschafter Pochtler Industrieholding GmbH / iSi-Group und Präsident der IV Wien

„Die Herausforderungen für unsere Industrie sind aktuell enorm. Was uns Mut macht, ist unser Wissen um unsere Fähigkeiten, unsere Widerstandskraft und Kreativität, um den Weg in eine gute Zukunft am Standort Österreich und Europa zu gehen. Unsere Industrie kann für Innovation und für Erneuerung sorgen - wenn man sie lässt. Die standortpolitischen Rahmenbedingungen müssen jedoch die Kraft unserer Industrie fördern und nicht hemmen.“

Stefan Stoltzka, CEO legero united und Präsident der IV Steiermark



INNOVATIVES ÖSTERREICH

*Neue Technologien liefern wichtige
Lösungen für die Probleme der Zukunft.
Die Industrie hat daran in Österreich
einen wesentlichen Anteil.*

Österreich ist auf Platz 6 im EU-Innovationsranking

1.

Dänemark

2.

Schweden

3.

Finnland

4.





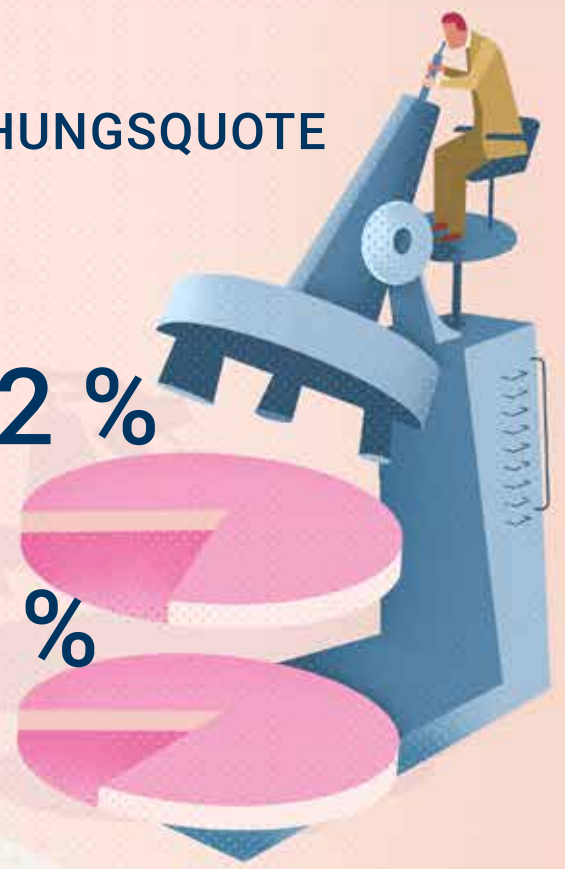
FORSCHUNGSQUOTE

2023
in Österreich

3,22 %

2023
in der EU

2,3 %



Die relevantesten Zukunftstechnologien aus Sicht der österreichischen Industrie:

- Virtualisierung
- Klimatechnologien
- Künstliche Intelligenz
- Intelligente Materialien

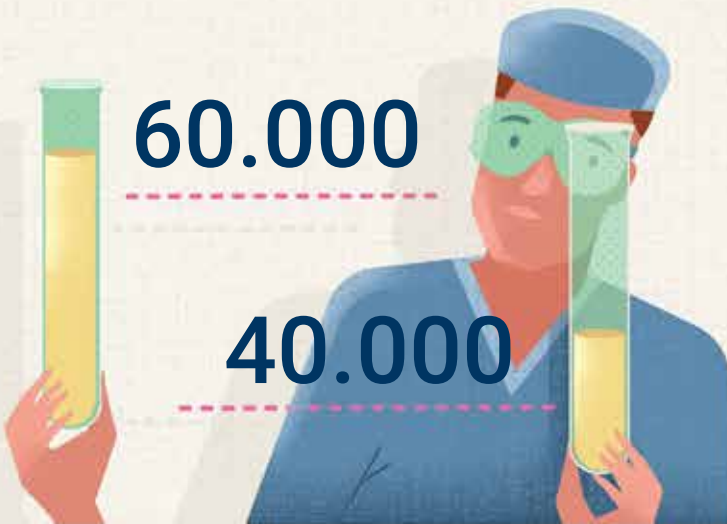
275

Industrie-Leitbetriebe stehen für

41%

der gesamten Ausgaben für Forschung & Entwicklung in Österreich

Bis 2029 entstehen in Österreich 60.000 zusätzliche Jobs in Schlüsseltechnologien
Bereits heute fehlen 40.000 Fachkräfte in Technik, IT und Naturwissenschaften.



STIMMEN AUS DER INDUSTRIE



„Die geopolitischen Entwicklungen und die Klimakrise erfordern ein noch konsequenteres Handeln im Sinne einer fossilsfreien Energiezukunft. Nur auf diese Weise können wir internationale Versorgungsabhängigkeiten reduzieren, einen wertvollen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten und mittel- bzw. langfristig günstigere Energiepreise garantieren.“

Leonhard Schitter, CEO Energie AG

„Die österreichischen Unternehmen, allen voran die Industrie, leisten einen erheblichen Beitrag zum Funktionieren unserer Gesellschaft, unseres Landes und damit unser aller Zukunft. Mit innovativer Kraft hat Österreich sich international einen Namen gemacht. Die heimische Industrie bietet qualitativ hochwertige Arbeitsplätze, die nicht gefährdet werden dürfen, und zahlt einen immensen Beitrag in den Steuertopf ein. Ich setze darauf, dass diesen Leistungen auf politischer Ebene mit Sachlichkeit begegnet wird und sie nicht durch einseitig motivierte Zurufe nach mehr Steuern, mehr Bürokratie und mehr Hürden gefährdet werden.“

Erwin Hameseder, Obmann Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien



„Für MM haben Nachhaltigkeit und effiziente Kreislaufwirtschaft als Erfolgsfaktor höchste Priorität. Unser R&D-Zentrum im österreichischen Kartonwerk MM Frohnleiten macht Recycling-Karton durch Reduktion im Material- und Energieverbrauch immer attraktiver, vor allem um Plastik zu ersetzen. MM Frohnleiten ist Europas größtes und effizientestes Werk in diesem Marktsegment und hat kürzlich über 100 Mio. Euro investiert: Der Energieverbrauch wurde weiter reduziert, Abläufe digitalisiert und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit deutlich erhöht.“

Peter Oswald, CEO Mayr-Melnhof Karton

„Unser Industriestandort steht vor gewaltigen Herausforderungen – auch und gerade im Baubereich. Der Bedarf nach leistbarem Wohnen erfordert schnelles Handeln, doch Taxonomieverordnung und der Wunsch nach Ressourceneffizienz setzen umfassende Vorgaben und zwingen zum Umdenken. Die Baubranche reagiert mit innovativen Lösungen im Holzsystembau, ganzheitlichen Energiekonzepten, seriellen Sanierungsmethoden und der Digitalisierung von Produkten und Prozessen. Jetzt muss auch die Politik anpacken: Die Stellhebel reichen von der Entschlackung von Bauordnung und Bürokratie bis hin zur Beschleunigung der Verfahren. Die Herausforderungen unserer Zeit warten weiter darauf, bewältigt zu werden“

Hubert Rhomberg, CEO Rhomberg Gruppe



DIE ENERGIEINTENSIVE INDUSTRIE HAT EINE GRÜNE ZUKUNFT

Die österreichische Industrie ist nicht nur energieintensiv, sondern auch forschungsintensiv und bringt im Klimaschutz viel voran – dafür braucht es aber gute Rahmenbedingungen.

Kommentar von PETER KOREN



Peter Koren ist Vize-Generalsekretär der Industriellenvereinigung.

Energie ist für österreichische Industrieunternehmen ein zentraler Faktor. Einerseits, weil hier viele energieintensive Produktionen angesiedelt sind. Andererseits aber auch, weil dadurch ein gewisser Innovationsdruck entsteht und die österreichische Industrie deshalb zu den Spitzenreitern in Fragen der Energieeffizienz und grünen Transformation zählt. Dieser Innovationsdruck entsteht durch ehrgeizige Klimaziele und durch die in Europa traditionell höheren Energiepreise, die infolge des Ukrainekriegs weiter in die Höhe gestiegen sind. Zeitweise lagen die Gaspreise in Europa bei dem Sechsfachen der Preise in den USA. Gerade für energieintensive Unternehmen ist das ein massiver Standortnachteil, der kaum wettzumachen ist. Dass das für Österreich eine schlechte Nachricht ist, liegt auf der Hand: Die energieintensive Industrie sichert mit indirekten und induzierten Effekten rund 400.000 Arbeitsplätze.

Vorwürfe, dass die Industrie zu wenig tun würde, um Klimaziele zu erreichen, sind vor diesem Hintergrund geradezu absurd. Eine energieeffiziente Produktion, die mit kostengünstigen Energiequellen betrieben wird,

”

Vorwürfe, dass die Industrie zu wenig tun würde, um Klimaziele zu erreichen, sind vor diesem Hintergrund geradezu absurd.

ist in Österreich zwingend notwendig, um am Weltmarkt wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Industrie ist in Österreich nicht nur energieintensiv, sondern auch forschungsintensiv und bringt viel voran – sei es bei Technologien für grünen Wasserstoff, bei der grünen Stahlproduktion, in der Entwicklung und Produktion von energiesparenden Mikrochips, beim Ausbau von Energie-Infrastruktur oder dem Import von klimaneutralen Gasen.

Eine wichtige Unterstützung für diese notwendige Transformation ist der Transformationsfonds. Dieses Förderpaket, das die Regierung im Herbst 2022 geschnürt hat, bringt für die Transformation der Industrie bis 2030 die notwendige

Planungssicherheit. So werden gezielt wichtige Investitionen in die Zukunft gefördert. Regulatorisch gibt es aber noch einiges zu tun, um der Industrie Hürden in dieser Transformation aus dem Weg zu räumen. Bürokratisches Mikromanagement und weitere Hemmnisse sind kontraproduktiv. Die Strompreiskompensation ist eine wichtige Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit, sie sollte aber bis 2030 verlängert werden, um keinen Nachteil gegenüber anderen EU-Ländern zu haben. Bei der Erreichung der Klimaziele darf unser Standort nicht ins Hintertreffen geraten: Wir müssen ein globales Level Playing Field für energieintensive Produktion schaffen – unter anderem durch eine Freizuteilung für Exporte Hand in Hand mit der Etablierung eines Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM), also eines CO₂-Grenzausgleichs auf europäischer Ebene.

Angesichts der ohnehin angespannten wirtschaftlichen Lage in Europa sollte man statt neuer Belastungen und Hürden im Vorfeld der Wahlen, die kommendes Jahr national und auf EU-Ebene anstehen, einen politischen Wettbewerb um die besten Ideen zur Entbürokratisierung ausrufen!



Interview

*„Mitarbeiterinnen und
Mitarbeiter in Österreich
sind in jeglicher Hinsicht
hervorragend“*

Peter Mitterbauer war von 1986 bis 2013 Vorstandsvorsitzender der von seinem Vater gegründeten Miba, die seither von seinem Sohn geleitet wird. Im Interview spricht der ehemalige Präsident der Industriellenvereinigung über Österreich als Exportnation, internationalen Wettbewerb und die Wirtschaftserziehung von Kindern.

Sie waren ab 1996, also unmittelbar nach dem Beitritt Österreichs zur EU, Präsident der Industriellenvereinigung. Für Österreich als Exportnation war die EU ein Gamechanger – wie haben Sie die Stimmung damals erlebt?

Peter Mitterbauer: Eine mögliche Union mit anderen europäischen Ländern hatte bereits in den 1970ern heftige Debatten ausgelöst. Auch in der Industrie gab es eine Gruppe, die damals bereits gegen den Beitritt zur EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Anm.) war und einen solchen als zu enge Verbindung mit Deutschland betrachtet hat. Und in der Gewerkschaft gab es eine Furcht vor billigen Arbeitskräften aus dem Ausland. Bekanntermaßen blieb es für Österreich zunächst beim europäischen Freihandelsabkommen EFTA. Die Industriellenvereinigung – und hier die Junge Industrie unter Christoph Leitl – hat sich aber weiterhin sehr für einen Beitritt zur EU eingesetzt. Politisch gesehen war es ein Husarenritt, weil es gerade auf der sozialdemokratischen Seite starke Gegenbewegungen gegeben hat. Der damalige Bundeskanzler Vranitzky hat sich hier voll in die Schlacht geworfen und einen maßgeblichen Beitrag geliefert, dass die EU bei den Sozialdemokraten hoffähig geworden ist und akzeptiert wurde. Der Beitritt zur EU war für die exportierende Industrie ein ganz großer Schritt vorwärts. Ein noch größerer Gamechanger war aber der Fall des Eisernen Vorhangs. Die Öffnung der umliegenden Länder hat viele neue Investitionsmöglichkeiten gebracht, die Österreich sehr gut zu nutzen gewusst hat. Zu Beginn war

Österreich in einigen dieser Länder der aktivste und größte Investor.

In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Kritik an der Globalisierung und heute sieht man, dass viele Österreicher Freihandelsabkommen ablehnend gegenüberstehen.

Dass Österreich so skeptisch ist, wenn es um Handelsverträge wie CETA mit Kanada oder Mercosur mit Südamerika geht, hat ganz stark mit massiven Einzelinteressen zu tun. Da ist es sehr schwer, mit rationalen Argumenten durchzukommen. Wenn Sie sich Mercosur anschauen – diese unheilige Allianz zwischen Bauern, einer großen Handelskette und der Kronenzeitung ist sehr schwer zu überwinden. Es ist ja paradox, dass wir hier nicht einen vollen Durchbruch erreichen und dass sich die Politik nicht traut, diesen für die österreichische Wirtschaft so wichtigen Schritt zu machen. Die Bauern haben Angst vor 90.000 Tonnen Rindfleisch aus Südamerika, dabei entspricht das gerade einmal 1,2 Prozent der EU-Rindfleischproduktion.

Erwarten sie sich manchmal von der Politik mutigere Entscheidungen entlang rationaler Argumente?

Ja, wissen Sie, ich bin jetzt über 80 und abgeklärt. Natürlich wünscht man sich viel und es hat auch Zeiten gegeben, wo die politischen Konstellationen ein solches Handeln ermöglichen haben.

Wie geht es dem Industriestandort Europa und Österreich derzeit aus Ihrer Sicht? Teilen Sie die Sorge vor einer De-Industrialisierung,



ZUR PERSON

Peter Mitterbauer leitete das Familienunternehmen Miba in der zweiten Generation und war von 1996 bis 2004 Präsident der Industriellenvereinigung. Das oberösterreichische Unternehmen produziert Teile für die Motoren- und Fahrzeugindustrie. In der IV setzte sich Mitterbauer intensiv für den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union ein.

also einer Verlagerung der Produktionen und Investments in andere Weltregionen?

Sehen wir uns die einzelnen Regionen an. China spielt bei den Direktinvestitionen aus österreichischer Sicht keine große Rolle mehr – da sind wir derzeit auf dem Niveau der 1980er-Jahre. Bei Indien sind die Hoffnungen viel größer als die nachvollziehbaren Realitäten. Wir haben zwei Werke in Indien, ich kenne mich da also ein bisschen aus und glaube nicht, dass es große Verlagerungen industrieller Produktion von Europa nach Indien geben wird. Die USA sind durch ihren Inflation Reduction Act natürlich sehr attraktiv. Aber dort gibt es zu wenig Arbeitskräfte und schon gar keine gut ausgebildeten. Die Realität für Österreich ist eher, dass sich viel in Richtung Nachbarländer bewegt. In der Slowakei kostet uns eine Arbeitskraft nur halb so viel wie in Österreich. Das ist ein gravierendes Argument, zumal die Qualifikation



***Viele Mitarbeiter wollen mehr Überstunden leisten
und ein besseres Nettoeinkommen haben.
Auch die älteren Leute wollen länger arbeiten,
aber nicht zu 50 Prozent für den Staat.***

der Arbeitskräfte in diesen Ländern schon sehr gut ist. Da passiert eine schleichende Verlagerung in dem Sinne, dass neue Arbeitsplätze vielleicht eher dort entstehen als bei uns.

Umgekehrte Frage: Was macht Österreich als Standort für Industrieproduktion attraktiv?

Die Menschen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Österreich sind in jeglicher Hinsicht hervorragend. Sie sind gut ausgebildet und motiviert. Das ist sehr wichtig und die Industriellenvereinigung hat immer große Schwerpunkte auf Bildung und Forschung gesetzt.

Reden wir über Arbeit. Die Jungen wollen Work-Life-Balance und sind nicht mehr bereit, hart zu arbeiten, sagt das Klischee. Haben wir ein Problem oder haben wir es mit einem ganz normalen Generationen-Konflikt zu tun?

Gute Frage. Ich bin aufgewachsen in einer Zeit, in der wir am Samstag noch gearbeitet haben. Wir haben noch eine 48-Stunden-Woche gehabt, dann wurde das schrittweise reduziert. Ich glaube nicht, dass wir bei der derzeitigen fixen Arbeitszeit von 40 Wochenstunden bleiben werden. Die Frage ist aber, wie wir uns eine weitere entsprechende Reduktion der Arbeit gesamtwirtschaftlich leisten können. Ich stelle auch nicht fest, dass die junge Generation anders ist als meine Generation im Vergleich zu der Generation davor:

andere Interessen, andere Vorstellungen, andere Wünsche. Das ist vollkommen klar. Natürlich sehen wir auch an unseren Standorten in Oberösterreich und in der Steiermark junge Leute mit dem Wunsch nach Homeoffice und Work-Life-Balance. Vieles davon sind aber auch Zeiterscheinungen. Ich bin da eher optimistisch als pessimistisch. Die 32-Stunden-Woche ist nicht überall so begehrt, wie man vielleicht den Eindruck haben könnte. Ich spreche viel mit unseren Mitarbeitern, wenn ich unterwegs bin. Die sagen mir dann: Wie soll das denn gehen, wir haben eh zu wenige Leute. Viele Mitarbeiter wollen mehr Überstunden leisten und ein besseres Nettoeinkommen haben. Auch die älteren Leute wollen länger arbeiten, aber nicht zu 50 Prozent für den Staat.

Die Miba hat Ihr Vater gegründet und mittlerweile haben Sie das Ruder an Ihren Sohn übergeben. Was bedeutet es, ein Unternehmen dieser Größe in der Familie zu halten? War es immer klar, dass Ihre Kinder in das Unternehmen eintreten?

Dass das Unternehmen in der Familie bleibt, ist festgelegt. Wir waren zwar an der Wiener Börse, sind seit acht Jahren aber wieder zu hundert Prozent in Familienhand. Die Frage des Generationenübergangs ist aber immer spannend und für Familienunternehmen mitunter eine sehr kritische. Natürlich gab es bei uns immer den Wunsch, dass das

Unternehmen auch in der nächsten Generation von jemandem aus der Familie geführt wird. Bei uns hat diese Entscheidung aber ein Aufsichtsrat zu treffen gehabt, der nicht von Familienmitgliedern besetzt ist. Wir sind überzeugt davon, dass wir gegenüber unseren Kunden und Mitarbeitern weltweit eine viel zu große Verantwortung haben und nicht das Risiko eingehen könnten, das Unternehmen von einem nicht dafür qualifizierten Familienmitglied führen zu lassen. Bei uns ist diese Übergabe an die nächste Generation geglückt, ob das auch in der nächsten Generation so sein wird, wird wieder ein unabhängiger Aufsichtsrat zu entscheiden haben. Wie auch immer diese Entscheidung ausgeht, wir sind und bleiben auf jeden Fall ein Familienunternehmen. Das daraus resultierende Interesse ist vor allem ein langfristiger Bestand und ein kontinuierliches Wachstum.

Haben Sie Ihren Kindern das bereits mitgegeben, als sie noch klein waren? Kann man Kinder zu künftigen Unternehmern erziehen?

Natürlich, am besten, indem man sie von Anfang an mitnimmt. Meine Kinder waren immer dabei: Mitarbeit in den Ferien, bei Firmenfeiern, bei vielen Dienstreisen oder Eröffnungen von Standorten im Ausland. So war das auch schon bei mir, als ich ein Kind war. Dass Wirtschaftserziehung in Familien am Küchentisch stattfindet, kann ich bestätigen.

STIMMEN AUS DER INDUSTRIE



„Österreich hat sich zu einem Zentrum für Forschung und Life Sciences entwickelt, es gibt die nötige Unterstützung seitens der Politik und auch die entsprechenden Rahmenbedingungen. Österreich kombiniert direkte und indirekte Förderung – das ist europaweit einzigartig.“

Philipp von Lattorff, Aufsichtsratsvorsitzender Boehringer Ingelheim RCV GmbH und Vizepräsident der Industriellenvereinigung

„Net-Zero stellt uns als ‚heavy emitting‘ Industrie vor noch nie dagewesene Herausforderungen. Die Rahmenbedingungen in Europa erzeugen aufgrund hoher Energie- und CO2-Kosten sowie Bürokratie zusätzlichen Druck im internationalen Vergleich. Gerade jetzt müssen wir den Mut haben, neue Technologien zur Dekarbonisierung zu finden und auszuprobieren. Wenn wir alle zusammen an Lösungen arbeiten, uns nicht vor einer neuen Welt und von Risiken abschrecken lassen, könnte das unseren europäischen Wettbewerbsvorteil wieder herstellen.“

Stefan Borgas, CEO RHI Magnesita



„Die Lage der österreichischen Industrie ist aktuell sehr herausfordernd. Mangelnde Preissicherheit beim entscheidenden Thema Energie gepaart mit den weit über dem europäischen Durchschnitt liegenden Inflationsraten führen zu einem stetigen Vertrauensverlust in den Industriestandort Österreich. Hier ist die Politik gefordert, rasch und konsequent Maßnahmen einzuleiten, um dieser negativen Entwicklung entgegenzusteuern.“

Timo Springer, CEO Springer Maschinenfabrik und Präsident der IV Kärnten

„Durch einen breit angelegten gesellschaftlichen Diskurs wollen wir die Wertigkeit von Leistung und Eigenverantwortung in Österreich hervorheben. Vor allem Vollzeitarbeit muss attraktiviert und in den Fokus gestellt werden – zB. durch die Einführung eines Freibetrags, der einen Anteil des Einkommens von der Einkommenssteuer befreit. Über einen Leistungsbonus im Alter soll sich auch länger zu arbeiten deutlich lohnen – vor allem durch den Entfall der Beitragspflicht zur Pensionsversicherung.“

Peter Unterkofler, Geschäftsführer Jacoby GM Pharma GmbH und Präsident der IV Salzburg



EIN MODERNER STAAT FÜR MEHR TEMPO



Egal ob bei Genehmigungsverfahren für Infrastruktur oder der Komplexität des Steuersystems – in der österreichischen Bürokratie ist so manches komplizierter als es sein sollte.

Die Geschichte der Salzburgleitung reicht bis in das Jahr 2010 zurück.

Die Energiewende soll bei der Stromproduktion in Österreich 2030 abgeschlossen sein. Dazu gibt es mit dem Erneuerbaren Ausbau Gesetz (EAG) ein eigenes Gesetz. Dieses sieht vor, dass Österreich ab 2030 genauso viel Strom aus erneuerbaren Quellen produziert, wie in Österreich verbraucht wird. Der erforderliche Ausbau von Windkraft, Solarenergie und Wasserkraft ist enorm und löst Milliardeninvestitionen aus. In rund sechs Jahren sollen die neuen Anlagen fertig sein, die eine zusätzliche jährliche Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen in der Höhe von 27 Terawattstunden ermöglichen. Bis solche Anlagen und die dafür notwendige Infrastruktur in Betrieb gehen können, vergeht mitunter aber viel mehr Zeit als die verbleibenden Jahre bis 2030. „Der Wunsch, klimaschädliche Emis-

sionen durch den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energie zu reduzieren, ist zwar groß in Politik und Gesellschaft – die Verfahren für den Ausbau der dafür notwendigen Infrastruktur dauern aber Jahre, wenn nicht Jahrzehnte“, sagt voestalpine-Finanzvorstand Robert Ottel.

Langes Warten auf die Leitung

Die voestalpine wird in Linz und Donawitz grünen Stahl erzeugen. Dafür werden in einem ersten Schritt zwei Hochöfen, in denen bei Temperaturen von über 2000 Grad Celsius Stahl entsteht, durch Elektroöfen ersetzt. Das ist für die gesamte österreichische CO₂-Bilanz ein bedeutender Schritt. Mit den Elektroöfen will die voestalpine das Ziel, die eigenen CO₂-Emissionen gegenüber dem Referenzwert von 1990 zu halbieren, erreichen. Damit dort grüner Stahl produziert werden

kann, braucht es aber auch die notwendige Stromversorgung und dafür eine 220-kV-Leitung. Anfang 2022 hat das Verfahren begonnen und die voestalpine geht davon aus, dass die Leitung rechtzeitig zur Inbetriebnahme der Elektroöfen 2027 fertig sein wird. Fünf Jahre für eine Stromleitung in Österreich. Ein anderes Beispiel ist die Salzburgleitung, ein 380-kV-Stromleitungsprojekt, das das Stromnetz fit für die Energiewende machen soll. Die Baugeschichte der Salzburgleitung reicht bis in das Jahr 2010 zurück, 2025 soll sie in Betrieb gehen. „Diese Verfahren sind zu komplex und es gibt zu viele Möglichkeiten, sie systematisch zu verlangsamen und zu behindern“, sagt Ottel.

Dieses Dilemma des Ausbaus erneuerbarer Energieanlagen ist symptomatisch für die oft lähmende Kraft

von Bürokratie und Regulierung in Österreich. Das International Institute for Management Development (IMD) in der Schweiz erstellt seit 1989 eine vielbeachtete Rangliste der rund 60 wettbewerbsfähigsten Länder der Welt. 2023 schaffte es Österreich lediglich auf Platz 24 von 64 – seit Jahren geht es abwärts, 2016 lag Österreich noch auf Platz 16. „Das ist tatsächlich erstaunlich: Obwohl ein Großteil der Regulierung mittlerweile auf europäischer Ebene gestaltet wird, schneidet Österreich schlechter ab als vergleichbare europäische Länder wie Dänemark, Irland, Niederlande und Schweden, die Top-Platzierungen in dem Ranking haben“, so Ottel. Gründe dafür gibt es gleich einige. „Teilweise liegt es an sogenanntem Gold Plating, also der noch strengen und noch genaueren Gesetzgebung“. Diese Übererfüllung von EU-Verordnungen und -Richtlinien kann in einigen Bereichen sinnvoll sein, etwa in sozialen Fragen. Gold Plating im Steuerrecht oder Verwaltungsrecht hingegen führt zu überbordender Bürokratie. „Das österreichische Steuersystem ist extrem komplex, hat viele Ausnahmen, detaillierte Verordnungen und es gibt jedes Jahr Änderungen“, meint Ottel. Im Punkt Steuerpolitik liegt Österreich im IMD-Ranking nach Wettbewerbsfähigkeit auf Platz 62 von 64 Ländern.

Hohe Abgabenquote

Auch die österreichische Industrie stellt dem Land im Bereich „Moderner Staat“ kein gutes Zeugnis aus, wie aus dem jüngsten „Standortbarometer“ der Industriellenvereinigung hervorgeht, für das vierteljährlich 50 führende Vertreterinnen und Vertreter aus Industrie, Finanzwirtschaft, Wissenschaft und Verbänden befragt werden. Die Industrie fordert eine Senkung der Steuer- und Abgabenquote – derzeit



Robert Ottel, voestalpine

”

Wir alle, dazu gehören auch die Unternehmen, brauchen Bürokratie und Regulierung als gemeinsamer Rahmen, in dem wir uns sicher und frei bewegen können – im Inland und auch im internationalen Wettbewerb.

mit 43,5 Prozent die vierthöchste in der EU – entlang eines festgelegten Pfades für die kommenden Jahre und bis 2030 auf eine Abgabenquote von 40 Prozent. Im Steuerrecht gibt es noch Verbesserungspotenziale, die sich ohne hohe Budgetkosten heben lassen und gleichzeitig eine erhebliche Entlastung für Unternehmen und Finanzverwaltung brächten. So brächte beispielsweise eine Abschaffung von Rechtsgeschäftsgebühren eine Entlastung von bis zu 150 Millionen Euro. Bei solchen Bagatellsteuern ist der administrative Aufwand in der Regel höher als die Einnahmen, die damit erzielt werden – sie zu streichen, würde das österreichische Steuersystem deutlich vereinfachen.

Darüber hinaus sind weitere Maßnahmen zur Entbürokratisierung notwendig – etwa eine Angleichung des Unternehmensrechts an das Steuerrecht, wenn es um Abschreibungen oder Rückstellungen geht, die Umsetzung der Betriebs-

prüfung auf Antrag und die weitere Digitalisierung der Finanzverwaltung.

Mehr Freiheit und Digitalisierung

Besonders bei Genehmigungsverfahren und in der Steuerpolitik hätte Österreich also eine Menge Optimierungsbedarf. Bürokratie hat aber auch eine positive Seite. „Wir alle, dazu gehören auch die Unternehmen, brauchen Bürokratie und Regulierung als gemeinsamer Rahmen, in dem wir uns sicher und frei bewegen können – im Inland und auch im internationalen Wettbewerb“, gibt Ottel zu bedenken. „Die große Rechtssicherheit ist sicher ein positiver Punkt im internationalen Vergleich“. Ineffizienzen ortet der Experte vor allem in der Verwaltung. Österreich betrachtete Unternehmen häufig mit einem Vorschuss an Misstrauen und werte Risiken höher als Chancen. Dementsprechend würden Ermessensspielräume in der Verwaltung meist nicht im Sinne der Chancen genutzt. „Die Verwaltung erstarrt immer mehr in Angst vor Vorwürfen der Bevorzugung, des Machtmissbrauchs und der Furcht vor Amtshaftungsklagen“, so Ottel. „Wenn man als Beamter Angst davor haben muss, Ermessensspielräume zu nutzen, dauert alles unglaublich lange. Wirtschaft lebt aber von Freiräumen und sachkundiger Beurteilung und nicht von der übergenauen und unflexiblen Prüfung mittels Formular auf Punkt und Beistrich“. Eine Chance, effizienter und schneller zu werden, sieht er in der Digitalisierung. Schon eine zentrale Datenbank wäre eine große Erleichterung: „Wir alle wundern uns, in wie vielen verschiedenen Systemen Staat, Gebietskörperschaften und Selbstverwaltungskörper Daten mittels Fragebögen mehrfach erfragen – das könnte man doch verbinden“.

AUSBLICK 2024



6. bis 9. Juni

EUROPAWAHL

In Kooperation mit den Vertretern der Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten tragen die Abgeordneten die Verantwortung für die Entwicklung und Genehmigung neuer Gesetze. Diese Gesetze beeinflussen verschiedene Aspekte des Lebens in der Europäischen Union, wie die Förderung der Wirtschaft, den Kampf gegen Armut, Umweltschutz im Rahmen des Klimawandels und Fragen zur Sicherheit.



15. bis 19. Jänner

WORLD ECONOMIC FORUM

Die 54. Tagung des Weltwirtschaftsforums wird sich in erster Linie mit den Möglichkeiten befassen, die neue Technologien bieten sowie mit deren Auswirkungen auf die Entscheidungsfindung und die globale Partnerschaft.

16. bis 18. Februar

MÜNCHNER SICHERHEITSKONFERENZ

Die MSC 2024 bietet wieder die Möglichkeit, tiefgehende strategische Debatten über die dringendsten sicherheitspolitischen Herausforderungen der Welt zu führen. Zudem wird die Konferenz, die im Herbst 1963 ins Leben gerufen wurde, sowohl im Vorfeld als auch während der Veranstaltung ihr sechzigjähriges Bestehen feiern.



Juli

SALZBURG SUMMIT

Unter der Patronage von EU-Kommissar Johannes Hahn organisiert die Industriellenvereinigung den Wirtschaftsgipfel für Denker und Umsetzer aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur. Ziel ist es, die klügsten Köpfe zusammenzubringen, um Trends und Entwicklungen auf europäischer und globaler Ebene zu diskutieren und anzugehen.

September

NATIONALRATSWAHL

2024 ist ein Superwahljahr: Es stehen sowohl die Europawahl als auch die Nationalratswahl bevor, und das Ergebnis der einen Wahl könnte den Verlauf des zweiten Wahlkampfs beeinflussen. Der Nationalrat wird alle fünf Jahre neu gewählt und vorgezogene Neuwahlen sind möglich, wenn die Mehrheit im Nationalrat eine vorzeitige Auflösung beschließt.



11. bis 24. November

KLIMAKONFERENZ

Die UN-Klimakonferenzen haben in den letzten zwei Jahrzehnten exponentiell an Umfang zugenommen und gehören heute zu den größten internationalen Sitzungen der Welt. Die zwischenstaatlichen Verhandlungen umfassen eine ständig wachsende Zahl von Regierungsvertretern aus aller Welt und auf allen Ebenen sowie Vertreter der Zivilgesellschaft und der globalen Medien.

5. November

US-WAHL

Die erneute Nominierung des demokratischen Amtsinhabers Joe Biden für eine zweite Amtszeit gilt als sicher. Trotz schlechter Umfragen hat er im April 2023 seinen Neuantritt angekündigt. Der führende Bewerber der Republikaner ist Ex-Präsident Donald Trump, wobei sein wichtigster Mitbewerber der Gouverneur von Florida, Ron DeSantis ist.

Wichtige Themen, ungewöhnliche Maßnahmen mit Augenzwinkern

Im Rahmen einer Partnerschaftstour zogen auf Initiative der Industriellenvereinigung im Frühjahr der südamerikanische Ara und der österreichische Adler gemeinsam mit ihren tierischen Freunden durch Wien, um auf die Vorteile eines Freihandelsabkommens mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten aufmerksam zu machen. Ziel des Abkommens ist es, Zölle und andere Handelshemmnisse zwischen der EU und den südamerikanischen Ländern abzubauen und so in beiden Märkten Wirtschaftswachstum, Arbeitsplatzsicherheit und Wohlstand zu steigern. Wichtiger Bestandteil ist auch die Verpflichtung zum Pariser Klimaabkommen und zu hohen Standards im Bereich des Arbeitnehmer- und Umweltschutzes.



Impressum

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-position der 10. September war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen finden Sie unter: www.iv.at

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, livr.-n.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmers zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel. Verantwortlich für den Inhalt: Sara Grasel, Marlena Mayer, Dominik Futschik, Nermina Tičević. Grafik: Nina Mayrberger, Tom Matanovic, Josephine Warfelmann, Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-position erscheint 2x jährlich in einer Auflage von 29.500 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at
Fotos (Cover bzw. Coverstory): ENGEL, AdobeStock



iv

STARKE PARTNER FÜR NACHHALTIGEN HANDEL

JA ZU EINEM
FAIREN MERCOSUR-
ABKOMMEN!

Freihandel und Umweltschutz gehen Hand in Hand – in Südamerika und Österreich.
Das EU-Mercosur-Abkommen bekräftigt verbindlich die Pariser Klimaziele, trägt somit zum Schutz
des Regenwalds bei und schafft Wohlstand und Arbeitsplätze in beiden Regionen.
Mach mit: iv.at/starkepartner



ZUKUNFT
GESTALTEN



UNSERE INDUSTRIE

bringt Österreich nach vorne!

Die Industrie steht für ein Viertel der Wirtschaftskraft,
eine Million hochqualitative Arbeitsplätze
und die Hälfte der Forschungsausgaben.



Zukunft gestalten
Industriellenvereinigung

Social media icons for LinkedIn, Twitter, Instagram, Facebook, YouTube, and Spotify, followed by the website address www.iv.at.